

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgeheilte Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Besammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetats
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Feiertagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Kernsprescher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegrafisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 25. September 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Kaiser im Ueberschwemmungs-Gebiet.

Auf der Fahrt von Budapest nach Rominten hat der Kaiser in Breslau kurze Zeit Zwischenstation gemacht, um seine Gemahlin zu begrüßen, die in den letzten Tagen im Ueberschwemmungs-Gebiete weilte und einzelnen Personen Almosen spendete.

Auch der Kaiser hat sich vom Oberpräsidenten von Schlesien, Fürsten Pothfeldt, auf der Fahrt von Oppeln nach Breslau Vortrag über die letzte Hochwasser-Katastrophe halten lassen und sofort wurde im Anschluß an diese Unterredung der offiziöse Draht in Bewegung gesetzt, um in alle Welt hinauszukünden, daß noch weitere erhebliche Staatsmittel würden flüssig gemacht werden. Eine namhafte Summe solle alsbald zur Anweisung gelangen, während bezüglich weiterer Mittel voransichtlich eine Vorlage an den Landtag gebracht werden müsse, so daß die Provinz hoffen dürfe, daß der Ausbau der Gebirgsflüsse auf einheitlicher Grundlage durch den Staat erfolgen werde, worauf die weitere Unterhaltung der Provinz und den einzelnen Kreisen überlassen bleibe.

Man sieht, der kurze Aufenthalt des Kaisers in Breslau hat eines erreicht: er hat für die Ueberschwemmungs-Gebiete einen Lichtstrahl baldiger Hoffnung erweckt. Wir wissen zwar nicht, ob die in der offiziellen Note gemachten Vorschläge direkt auf die Initiative des Kaisers zurückzuführen sind oder ob sie nur dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt wurden; jedenfalls haben sie ihren Zweck erreicht, wenn den Bewohnern der Ueberschwemmungs-Gebieten am fernem Horizonte die Aussicht auf eine definitive Beseitigung der Ueberschwemmungs-Gefahr erscheint.

Wir sind nun leider in der Lage, die Hoffnungen, die durch den kaiserlichen Besuch in Schlesien etwa erweckt sein sollten, nicht nur beseitigen sondern auch der preussischen Regierung den Vorschlag machen zu müssen, mit Versprechungen sparsamer der Öffentlichkeit gegenüber zu treten, um so mehr als sie es nicht nötig hätte, jetzt Hoffnungen auf Hilfe erwecken zu müssen, wenn sie ihre Versprechungen von einst gehalten hätte. Denn es ist kein Zweifel, die diesjährigen Ueberschwemmungen sind in erster Linie durch eine schwere Unterlassung der preussischen Regierung verschuldet, und es steht ihr schlecht an, nunmehr ihre Schuld durch neue Versprechungen, denen gegenüber es schwer wird, Glauben entgegen zu bringen, auslöschen zu wollen.

Es sind gerade acht Jahre seit jener Zeit vergangen, da unter dem Eindruck der verheerenden Ueberschwemmungen des Frühjahrs und Sommers 1889 die Regierung sich zu einer großen Hilfsaktion verpflichtet fühlte. Als im preussischen Landtag zu Anfang des Jahres 1889 ein Nothstandsgesetz, das die Mittel zur augenblicklichen Linderung des Schadens bringen sollte, beraten wurde, da regten eine Reihe von Abgeordneten, wie namentlich v. Schenkendorff, die wichtige Frage an, wie in Zukunft ähnlichen Verheerungen vorgebeugt werden könne. Man werde hierzu ernstlich systematische Maßregeln ergreifen müssen. Die Minister wollten sich gar nicht erst zu einer Beseitigung der Hochwassergefahr mahnen lassen, sie sahen dies als eine selbstverständliche Aufgabe der kgl. Staatsregierung an. Minister v. Lucius betonte, die Frage, wie der Wiederkehr ähnlicher Verhältnisse zu begegnen, sei in der Staatsregierung eingeheud erörtert, und hoffe er, in einigen Wochen eine ausführliche Denkschrift mit Vorschlägen dem Hause zukommen lassen zu können. Die Ankündigung, gegen die Ueberschwemmungs-Gefahr systematisch anzukämpfen zu wollen, wurde in der Presse, wie namentlich in den vom Hochwasser heimgesuchten Landesteilen mit großer Freude begrüßt. Endlich sollte einmal dauernd und vorbeugend geholfen werden! Man versicherte in der Hoffnung auf den Wegfall späterer Ueberschwemmungen den augenblicklichen Schaden und legte sich aufs geduldige Abwarten. Auch der Regierung schien es in der That diesmal ernst zu sein. Schon Mitte Februar ging dem Landtage die angekündigte Denkschrift mit den Vorschlägen zur Abwehr von Ueberschwemmungs-Gefahren unter besonderer Berücksichtigung der schlesischen Gebirgsflüsse zu. In ihr wurde zunächst auf dem Papier jede Möglichkeit einer ferneren Ueberschwemmung beseitigt. Für jeden einzelnen Fluß und Gebirgsbach waren bestimmte Regulierungspläne aufgestellt und außerdem angegeben, mit welchen Mitteln sie durchzuführen seien. Es wurde, wie jetzt wieder, in Aussicht genommen, den Kreis zum Träger der Unterhaltungspflicht der angelegten Kanäle, Sammelbassins und Sperdämme zu machen. Die praktische Wasserbautechnik zeigte evident, daß der Staat sehr wohl in der Lage ist, die Ueberschwemmungsgefahr auf ein Minimum zu reduzieren. Auch der Landtag war einig in der Betonung der Nothwendigkeit, die Ströme und Flüsse auf Staatskosten zu regulieren. Die Denkschrift wurde demgemäß an eine Kommission gewiesen und der Regierung noch besonders aufgegeben, eine eigene technische Wasserbehörde zu schaffen.

Nun, nachdem die Sache einmal so weit ausgereift war, konnte es an einer Verwirklichung der Pläne doch nicht mehr fehlen. Die Regierung hatte ihre Verpflichtung, hier helfen zu müssen, ausdrücklich anerkannt, technisch war die Lösung der Frage gegeben und die finanziellen Schwierigkeiten waren, wie Minister v. Lucius betonte, auch zu beseitigen. In den Gegenden, die vom Hochwasser heimgesucht waren, sah man Vertrauen zur Regierung. Warum auch nicht? Ein solches

Kulturwerk wie das geplante mußte jede Opposition schweigen machen. Man hoffte und harpte, wie später so viele Arbeiter auf den in den Februarverlassen angekündigten Normal-Arbeitstag gehofft haben. Doch hoffen und harren macht manchen zum Narren. Aus der großen Ankündigung und Vorbereitung der Aktion zur endgiltigen Beseitigung der Hochwassergefahr wurde nichts. Die Sache ist nicht weiter verfolgt worden; sie schief in der Kommission ein. Die Regierung aber, die ihre Pflicht scheinbar so ernst genommen hatte, dachte späterhin nicht mehr daran, ihre in der Denkschrift entwickelten Pläne durchzuführen.

Diese Erinnerung aus der Zeit der vorletzten großen Ueberschwemmung nötigt uns, heute schon vor einer neuen Enttäuschung zu warnen. Wenn die offiziöse Presse sich beeilt, an den kurzen Aufenthalt des Kaisers weitgehende Hoffnungen in den Bewohnern der Ueberschwemmungs-Gebiete zu erwecken, so treten wir diesen, im Lichte der früher gemachten Erfahrungen geradezu leichtsinnigen Versuchen, eine in Noth befindliche Bevölkerung künstlich beruhigen zu wollen, allen Ernstes entgegen. Erst laßt uns Thaten sehen, ehe wir glauben können. Wenn wir früher, nachdem die Regierung schon mit bestimmten Vorschlägen vor den Landtag getreten war, schon enttäuscht worden sind, wie kann den vom Unglück heimgesuchten Bewohnern dann zugemutet werden, den gar nicht kontrollierbaren Angaben einer offiziellen Mitteilung Glauben zu schenken? Vielmehr ist aller Anlaß gegeben, von der Regierung so lange nichts zu hoffen und zu erwarten, bis sie einen Thatenbeweis erbracht hat, der darin besteht, daß sie ihre Versprechungen auch wirklich ausgeführt hat. Und anstatt Vertrauen zu fassen, möchten wir lieber empfehlen, bei jeder Gelegenheit die Regierung anzutreiben, ihren anerkannten Verpflichtungen in der Frage der Beseitigung der Hochwassergefahren endlich nachzukommen.

Denn es ist gar keine Frage: Würde die Regierung in den letzten acht Jahren ihrem durch Minister v. Lucius angekündigten Versprechen nachgekommen, wären die in der Denkschrift von 1889 angekündigten Maßregeln zur Ausführung gelangt, der Kaiser hätte es nicht nötig gehabt, auf der Durchreise in sein Jagdgebiet sich mit Ueberschwemmungs-Angelegenheiten befassen zu müssen, der Kaiserin wären ihre Besuche und Spenden in den heimgesuchten Orten erspart geblieben: denn das diesjährige Hochwasser wäre nicht, zum mindesten nicht in dem verheerenden Grade und der großen Ausdehnung eingetreten.

Anstatt aber nun vorsichtigerweise zu handeln und nicht abermals mit neuen Versprechungen der Öffentlichkeit unter die Augen zu gehen, provoziert die offiziöse Presse ganz dreist die Erinnerung an jene im Sande verlaufene Hilfsaktion vom Jahre 1889, auf die man in den Ueberschwemmungsgebieten seit acht Jahren gehofft, auf deren Verwirklichung man heute noch hofft. Millionen und aber Millionen Mark beträgt der Schaden der diesjährigen Ueberschwemmung, auf Jahre hinaus ist der Wohlstand ganzer Distrikte dahin — und das alles, weil man unterließ, eine anerkannte Verpflichtung rechtzeitig durchzuführen.

Die Bevölkerung thut am besten, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, sie muß an ihrem Theil dazu beitragen, daß im Landtage sowohl wie im Reichstage, wie endlich in allen öffentlichen Vertretungskörpern die Stimme des Volkes die Regierung mit unerbittlicher Energie und unter Aufbahrung der ganzen Verantwortlichkeit für die diesjährigen Hochwasserschäden zur unverzüglichen Einlösung ihres im Jahre 1889 gemachten Versprechens zwingt. Auf alle offiziellen Hoffnungsversuche, auf alle Beschwichtigungsversuche seitens der Regierung ist kein Verlaß.

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. September.
Wien und Drohnen. Das Organ des Fürsten Bismard, die „Hamburger Nachrichten“, veröffentlichten einen dem Fürsten zugeschriebenen Artikel: „Wien und Drohnen“, in dem sich u. a. folgende Sätze befinden:
 „Die Klassen der Bevölkerung, die an dem Gedeihen einer gewinnbringenden nationalen Arbeit nicht interessiert sind, befehlen, wie Bismard sich ausdrückt, lediglich in den unproduktiven Elementen, in den Nicht-als-Konsumenten“, unter denen die Gehaltsbezieher im Staats- oder Kommunalamt, die Professoren, Pastoren und viele andere Leute, die gleichwohl auf unser politisches Leben großen Einfluß haben und immer mehr zu nehmen beabsichtigen, in erster Reihe stehen. Wir empfehlen für die nächsten Wahlen den Zusammenschluß aller produzierenden Stände, vor allem der Landwirtschaft und der Industrie, und die Wahl eines stärkeren Prozentsatzes von Männern des praktischen Lebens, die an ihrem Leibe die Früchte der Gesetzgebung, die sie machen, zu spüren bekommen. Von diesen ist auch anzunehmen, daß sie besser als viele der bisherigen Volksvertreter aus dem Reiche der Drohnen und des Strebertums befaßt sind, die politischen Interessen unseres Volkes und die Würde des Reichstages zu wahren.“

Die Spitze des Artikels richtet sich gegen die Konservativen, an denen Bismard jetzt durch beide Wien- und Drohnen-Artikel und seine in der „Zukunft“ veröffentlichten „Glossen“ Rache nimmt, weil sie seinerzeit, bei Bismards Entlassung, mit Sang und Klang in das Lager des Kaisers abschwanken. Er ruft deswegen die Landwirtschaft und die Industrie als eigentliche produzierende Stände gegen die konservativen Protestler, wie Beamte,

Professoren, Lehrer u. s. w. auf den Plan. Daß Bismard seiner Zeit als Reichskanzler ebenfalls ein Gehaltsbezieher, aber einer ersten Ranges war, vergißt er. Doch soll uns dieser häusliche Streit nicht weiter bekümmern. — Entschieden verwahren aber müssen wir uns dagegen, daß man die Ansichten des Fürsten Bismard über Wien und Drohnen als „sozialdemokratisch“ ausgiebt, wie es von einem Theil der konservativen Presse in begreiflichem Aerger geschieht. So schreibt der „Reichsbote“ beispielsweise:

„Das ist der Standpunkt der Sozialdemokratie, welche unter produktiver Arbeit nur die körperliche Arbeit versteht. Steht man sich auf diesen Standpunkt, dann gehören in den Reichstag nur die Bauern, die selbst den Pflug und die Hacke führen, die Tagelöhner, Knechte und die Maurer, Schlosser, Zimmerer u. s. w., die selbst Hammer, Säge und Karre handhaben. ... Aber dieser Standpunkt ist nicht bloß roh und kulturfeindlich, sondern geradezu sozial-revolutionär im schlimmsten Sinne, zumal in unserer Zeit, wo dieser Standpunkt von der sozial-revolutionären Sozialdemokratie vertreten wird. Das ist der sozialistische Marxismus, wie er im Buch steht.“

Die Sozialdemokratie, der Marxismus Verkünder geistiger Arbeit! Mit Verlaub, der Mann, der das geschrieben hat, hat den Marxismus nicht nur mißverstanden, ihm fehlt überhaupt jedes Verständnis für die Vertheilung politischer Verhältnisse. Wohl haben auch wir und unsere Freunde uns gelegentlich des Ausdrucks „Arbeitsbienen“ bedient, bei den diesen entgegengesetzten Drohnen aber nicht im entferntesten an Lehrer, Professoren und dergleichen, sondern an Leute gedacht, die dem Fürsten Bismard sehr nahe stehen, wie etwa Großgrundbesitzer, Großindustrielle, die in Berlin die Renten verzehren, die ihnen die Arbeiter daheim erwirtschaften. Im übrigen sind wir der Meinung, daß „produktiv“ nicht nur die körperliche Arbeit, sondern ebenso die geistige ist. Ist etwa der Lehrer, der dem jungen Menschen das geistige Rüstzeug giebt, um später im wirtschaftlichen Leben seinen Mann stehen zu können, nicht produktiv? Wir halten es da mit Freiligrath:

Jedem Ehre, jedem Preis!
 Ehre jeder Hand voll Schwefel!
 Ehre jedem Tropfen Schweiß,
 Der in Hüllen fällt und Mühlen!
 Ehre jeder nassen Stiefel
 Dintern Fingel! — Doch auch dessen,
 Der mit Schädel und mit Hirn
 Hungernd pflügt, sei nicht vergessen! —

— Die preussische Regierung und die Unterhaltung im Nothstandsgebiete. Die „Berl. Korresp.“ schreibt: Das königl. Staatsministerium hat sich in seiner gestrigen Sitzung wiederum eingehend mit den durch die Ueberschwemmungen verursachten Schäden und den zu deren Beseitigung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen beschäftigt. Unter anderem ist dem Antrage der Provinzialbehörden entsprechend beschlossen worden, im Anschluß an die bisherigen Bewilligungen zur Erfüllung des dringlichsten durch private Hilfe nicht gedeckten Bedarfes zunächst den weiteren Betrag von einer Million Mark für die betroffenen Provinzen aus Staatsmitteln sofort flüssig zu machen. Wegen fernerer Bewilligung von Staatsmitteln ist die endgiltige Beschlussfassung vorbehalten, bis die dem Abschluß nahen Verhandlungen eine genaue Uebersicht über den entstandenen Schaden und das noch vorhandene Bedürfnis ermdöglichen werden. (Siehe den Beilartitel.)

— Bei der letzten Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz kam es vorzugsweise darauf an, den Ausgleich zwischen denjenigen Anstalten, welche bereits einen erheblichen Fehlbetrag in ihrem Deckungskapital aufweisen, und denjenigen Anstalten, welche bedeutende Ueberschüsse besitzen, herbeizuführen. Hierzu schreiben nun die „Berl. Post. Nachr.“ heute: Die Nothwendigkeit einer Reform auf diesem Gebiete ist unabwieslich, weil die Eventualität, daß einzelne Anstalten ihre Beiträge wesentlich ermäßigen oder ganz erlassen können, während andere zur Erhebung der drei- und vierfachen Beiträge gezwungen werden, aus sozialpolitischen Gründen unter keinen Umständen eintreten darf. Für die Lösung der Frage kann nun die Begründung einer Reichsanstalt, von Landesanstalten, die Zusammenlegung mehrerer einzelner Versicherungsanstalten oder derjenige Ausgleich in betracht kommen, welchen die vorgelegte Novelle in Aussicht nahm. Der letztere Weg gilt noch immer als der bei weitem beste, weil er die vorhandenen Anstalten bestehen läßt und dieselben noch immer dabei interessiert sind, wirtschaftlich zu verwalten, wenigstens ein wesentlicher Theil der Rentenzahlungen auf die Gesamtheit aller Anstalten vertheilt werden soll. Eine Lösung der Frage in der Art, daß die Anstalt, welche die Rente festsetzt, nur eine Quote der Gesamtlast zu tragen hat, erscheint hiernach noch immer am einfachsten gegenüber all den Vorschlägen, welche eine Auflösung der vorhandenen Anstalten in Aussicht nehmen. Prognostisch ist es, ob man nicht zu wirksamer Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung örtliche Verwaltungsorgane oder für dieselben Sektionen zu schaffen haben wird. Die jetzigen Versicherungsanstalten erscheinen in der That zu groß und zu entfernt von den örtlichen Verhältnissen, um ohne eigene lokale Verwaltungsorgane die Aufgaben des Gesetzes schnell und entsprechend individualisirend erfüllen zu können. Die staatlichen Organe dürften auf die Länge kaum in der Lage sein, alle die Arbeiten in einer den Absichten des Gesetzes entsprechenden Weise zu leisten, welche ihnen jetzt durch die soziale Gesetzgebung und durch die Requisitionen der Versicherungsanstalten auferlegt werden.

Es steht fast so aus, als ob diesmal wieder Herr Schweinburg mehr für die seine Korrespondenz alimentirenden Industriellen geschrieben hat, scheint doch die Sache darnach hinauszulaufen, auch die Invaliditäts- und Altersversicherung den famosen Berufs-gewerkschaften auszuliefern. In der Kera Stimm kann freilich auch das Reichsamt des Innern und das Reichs-Versicherungsamt, vor allem die christlichen Herren Gabel und Pofadawell auf solche Gedanken kommen. —

Ueber den Waffengebrauch der Königl. Forst- und Jagdbeamten hat bekanntlich vor Kurzem der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die bisherigen Instruktionen wesentlich abgeändert. Diese Maßnahme hat namentlich auch den Minister des Innern bestimmt, in ähnlicher Weise für die Kommunal- und Privatforst-Jagdsportanten neue Instruktionen wegen des Waffengebrauchs zu erlassen, welche jetzt seitens der Regierungs-Präsidenten den Aufsichtsbehörden mit der Weisung zugehen, für bei thätlichem Widerstande oder gefährlichen Drohungen eine geeignete Ueberwachung der Befolgung dieser neuen Instruktionen durch die in Rede stehenden Forstbeamten Sorge zu tragen. Die Instruktionen besagen in der Hauptsache folgendes:

Beim Gebrauch der Waffen müssen die Forst- und Jagdbeamten sich stets vergegenwärtigen, daß solcher nur soweit stattfinden darf, als die Erfüllung des bestimmten Zwecks, die Holz- und Wildwirthschaft, oder die Forst- und Jagdkonventionen bei thätlichem Widerstande oder gefährlichen Drohungen unthätlich zu machen, es unerlässlich erfordert. In der Regel sind daher die Waffen nicht gegen fliehende Freveler zu gebrauchen. Legt indessen ein auf der Flucht befindlicher Freveler auf, oder erfolgt Aufforderung die Schusswaffe nicht sofort ab, oder nimmt er dieselbe wieder auf, und ist außerdem eine gegenwärtig drohende Gefahr für Leib oder Leben des Forst- oder Jagdbeamten zu erblicken, so ist letzterer auch gegen den fliehenden zum Gebrauch seiner Waffen berechtigt. In jedem Falle aber sind die Waffen nur so zu gebrauchen, daß lebensgefährliche Verwundungen soviel wie möglich vermieden werden. Deshalb ist beim Gebrauch der Schusswaffe der Schuß möglichst nach den Beinen zu richten, und beim Gebrauch des Pflanzensägers der Schuß nach den Armen des Gegners zu führen. Im übrigen muß beim Gebrauch der Schusswaffe die größte Vorsicht angewendet werden, damit durch das Schießen nicht dritte Personen verletzt werden, welche ohne Theilnahme an einer Konvention sich zufällig in der Gegend befinden oder in deren Nähe sind. In dieser Hinsicht ist besonders dann Aufmerksamkeit nöthig, wenn nach einer Richtung geschossen wird, in der sich eine Landstraße oder ein bewohntes Gebäude befindet. Auch ist der Gebrauch der Schusswaffe überhaupt in der Nähe von Gebäuden zur Verhütung von Feuergefahr möglichst zu vermeiden.

Aus dem Reiche des Herrn Thieren. Die Abenteuer des D. Juges zwischen Landberg und Berlin, die wir neulich erzählten, sind in die gesammte Presse übergegangen. Aller Welt sind sie bekannt geworden — nur der königlichen Eisenbahnverwaltung scheinen sie unbekannt geblieben zu sein. In der zu Landberg a. M. erscheinenden „Neumärkischen Zeitung“ vom gestrigen Tage (21. September) finden wir nachstehende Korrespondenz:

Rüstrin, 21. September. Mehrere Vorkommnisse mit den D.-Zügen, wie das in der „Neum. Ztg.“ nach dem „Vorwärts“ geschilderte, scheinen öfter vorzukommen. Am Donnerstag vor acht Tagen (ungefähr) hatte abends der sächsischpreussische Zug in der kurzen Vorstadt 537 ein treffende D.-Zug halbstäubige Verspätung. Nachdem derselbe eingefahren und die zwei Minuten Aufenthalt längst vorüber waren, stand der Zug noch still. Die auf der Lokomotive herrschende Aufregung fiel allgemein auf und auf Befragen theilte ein Beamter mit, daß der Zug, der aus 1 Packwagen, 7 großen Durchgangswagen und 8 Wagen erster bezw. zweiter Klasse bestand, für die Lokomotive wahrlich ein Leichtes sei. Nach mindestens 5 Minuten währenden Anstrengungen gelang es, den Zug in Bewegung zu setzen. Wie der Beamte meinte, sei die Verpätung des Zuges nach hier auch auf den früheren Stationen durch gleiche Störungen hervorgerufen.

Das die Korrespondenz. Der betreffende Zug ist der nämliche, dessen Abenteuer wir mitgetheilt haben. Und die Lokomotive ist offenbar unsere alte Bekannte, deren Ankerdienststellung von den Bahndirektoren wiederholt verlangt und von der Eisenbahnverwaltung ebenso oft verweigert worden ist.

Wie lange will man denn diese Maschine noch im Dienst lassen? An Warnungen hat es doch wahrhaftig nicht gefehlt. Muß denn erst eine Katastrophe eingetreten sein? Wir wollten schreiben: ein Unglück, aber das wäre ein Cynismus.

In England theilt einmal ein Bischof, die Eisenbahnen sorgten für die Sicherheit des Publikums erst, wenn ein Bischof todtefahren worden sei.

Dieser — Meßpelt vor Bischöfen hat man doch hoffentlich nicht in Deutschland.

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Mainz: Unterhalb der Station Bundenheim ließ gestern Abend gegen 10 Uhr der Schnellzug Nr. 54 Köln-Frankfurt a. M. auf einen im Geleise stehenden Güterzug. Etwa vier Waggons des Güterzuges wurden zertrümmert und über die Weichung hinweggeschleudert. Von dem mit zwei Maschinen bespannten Schnellzuge entgleiste nur die vordere Maschine mit den hinteren Waggons. Die zweite Maschine sowie sämtliche Waggons des Schnellzuges blieben intakt. Das Personal und die Passagiere des Schnellzuges erlitten einige Stöße. Nur der Maschinist der ersten Maschine und ein Reisender wurden leicht verletzt.

Die Aufbaumarbeiten an der Eisenbahn-Anfallstelle bei Bundenheim sind derart gefördert, daß der Verkehr heute Mittag in vollem Umfange wieder aufgenommen werden kann. Die Frühzüge hatten noch mehrstündige Verspätungen zu erleiden. Augenzeugen bestätigen, daß bei dem Zusammenstoß keinerlei erhebliche Verletzungen von Personen vorgekommen sind. Der Materialschaden ist dagegen nicht unbedeutend.

Die Betriebsinspektion Mainz giebt bekannt: Der in der Richtung von Bingen kommende Schnellzug Nr. 54, welcher die Station Bundenheim um 9 Uhr 45 Minuten abends durchfahren soll, ist in der vergangenen Nacht vor dem Abschlusssignal der genannten Station auf einen in dem Fahrgeleise haltenden, für Mainz bestimmten Güterzug aufgefahren. Infolgedessen ist die Vorkammmaschine des Schnellzuges entgleist, während die zweite Maschine und die Waggons des Schnellzuges auf dem Geleise blieben und auch nicht beschädigt sind. Von dem Güterzuge sind durch den Anprall gegen den Schluß dieses Zuges mehrere Waggons entgleist und beschädigt. Verletzungen von Reisenden sind nicht eingetreten. Das Juppersonal ist unbeschädigt, nur der Lokomotivführer hat bei dem Abspringen von der Maschine eine anscheinend leichte Verletzung des Beines sich zugezogen. Ob die Schuld an dem Unfall allein den diensthabenden Stationsbeamten trifft, welcher den Schnellzug angenommen hat, obwohl der Güterzug mit 8 Waggons über das auf „Halt“ gestellte Abschlusssignal hinausfuhr, bedarf weiterer Untersuchung.

Die „Koblenzer Zeitung“ meldet: In der Station Kapellen ist heute Morgen zwischen 8 und 9 Uhr bei dem Personenzug Nr. 108 ein Lokomotivführer explodirt. Die Explosion war so heftig, daß die Fenster der umliegenden Häuser zertrümmert und die Barrikaden bei Kapellen zertrümmert wurden. Der Maschinistführer und der Heizer wurden leicht verletzt. Außerdem wurde ein Streckenführer, der den Zug von Mainz nach Koblenz begleitete, unerbötlich verletzt.

Nach einer Mittheilung der „Pforte“ aus Rensburg sollen in der Dienstag Nacht die Passagiere des Schnellzuges Bremen-Hannover in großer Gefahr gewesen sein. Kurz vor Hagen lösten sich eine Anzahl Waggons eines Güterzuges, die mit großer Schnelligkeit bis Rensburg zurückfahren und hier erst zum Stehen gebracht wurden. Angeblich sollen die Bremser auf dem abgerissenen Theil des Trains den Vorgang erst spät bemerkt haben, weil sie eingeschlafen waren. Eine kurze Spanne Zeit hätte genügt und der Schnellzug Bremen-Hannover hätte gegen diesen Trains laufen können.

Für den Post-Prachtverkehr nach überseeischen Ländern, sowie nach Malta und Spanien bei der Seilung über Hamburg oder Bremen sind vom Reichs-

Postamt in dem Post-Prachtverkehr vielfache Aenderungen und Tagern in Abhängigkeit vorgenommen worden und sofort auch in Kraft getreten. Ueber Unterschiede in den Tagen, welche sich bei den Post-Prachtfahrten aus räumlichen Gründen in der Zeit bis zur erfolgten Verfertigung des neuen Tarifs in jenen Ländern durch Weiteranwendung des bisherigen Tarifs ergeben, soll seitens der deutschen Grenz-Eingang-Postämter hinweggesehen werden.

— Nochmals die Gefinde-Ordnungen und die „Freisinnige Zeitung“. Der Chef der „Freis. Ztg.“ verfaßt abermals in seiner Zeitung die erbitterte Stellung der freisinnigen Volkspartei zur Frage der Beseitigung der Gefinde-Ordnungen bei Gelegenheit der ersten Kommissionsberatung über das Bürgerliche Gesetzbuch zu demänteln. Unsere Leser werden es uns nicht verübeln, wenn wir die Schlußsätze des Organs des „Freisinn“ gegen die Sozialdemokratie und insbesondere gegen den Genossen Stadthagen, der sich besonders Unbeliebtheit seitens der freisinnigen Fraktion ohne Beschränkung seit langem erweist, nicht wiederholen. Erwähnenswerth erscheinen uns aber drei Punkte. Die „Freisinnige Zeitung“ bestreitet, daß die freisinnige Volkspartei ihre Hoffnungen, regierungsfähig zu werden, auch bei Gelegenheit des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Nachgiebigkeit bewiesen habe. Die selbst von der „Freis. Zeitung“ jetzt nur noch leise gelegnete Haltung der freisinnigen Kommissionsmitglieder gegenüber dem Antrag auf Beseitigung des Art. 95, der die partikulärrechtlichen Gefinde-Ordnungen aufrechterhält, beweist das Gegentheil. Ueberdies hat im Februar und März 1898 die „Freis. Zeitung“ wiederholt Leitartikel gebracht, in denen sie darzulegen suchte: geschworene Feinde des Bürgerlichen Gesetzbuchs seien die Ultramontanen, die Sozialdemokraten, die Polen und derjenige Theil der Konserwativen, der gegen obligatorische Zivilliste ist. Als — deduzierte donals Eugen Richter's in Ausführung von Zahlen großes Verborgau: werden die freisinnigen noch nicht zwei Tausend Stimmen den Ausschlag geben. Deshalb daß jetzt bekräftigen? Ferner scheint die „Freis. Ztg.“ ihren Lesern weis machen zu wollen: ohne besondere Gefinde-Ordnungen gebe es nicht an — nur „Reform“ nicht Beseitigung der Gefinde-Ordnungen sei angebracht. In das thatsächlich Ansicht der freisinnigen Volkspartei — dann offen heraus mit der Sprache. Das freisinnige Programm sagt das Gegentheil. Von den Freisinnigen allein durch Hilfe der Sozialdemokratischen Stimmen gewählten Abgeordneten hat z. B. der Abgeordnete (Kruppen-Templin) vor der Stichwahl sich für Beseitigung der Gefinde-Ordnungen erklärt. Nicht die freisinnige Volkspartei steht auf einem anderen Standpunkt? Zum dritten: Eugen's Organ meint: eine einfache Beseitigung der Gefinde-Ordnungen sei gar nicht möglich. Das ist purer Schwindel. Der Chef der „Freis. Ztg.“ ist 1888 in Düsseldorf geboren. Zur Zeit seiner Geburt galt das Recht des *codex civilis* in der Rheinprovinz. Der *codex civilis* hatte den ganzen Rest der Gefinde-Ordnungen mit einem Strich im Jahre 1808 beseitigt (dasselbe wollte 1807 der Kaiser v. Stein).

Die Rheinlande befanden sich ohne Gefinde-Ordnungen bis zum Jahre 1844. Da allerdings gelang es den preussischen Jureten, auch für die Rheinlande eine besondere Gefinde-Ordnung (vom 19. August 1844) einzuführen. Noch heute besteht z. B. für Fisch-Lotzungen und für Hamburg nützlichweise eine besondere Anordnungsgegen das Gefinde. In das dem in Rheinland geborenen Chef der „Freis. Ztg.“ unbekannt? Oder schwärmt er jetzt für besondere Gefinde-Ordnungen? Wollte die freisinnige Partei den Gefinde-Antrag in das Bürgerliche Gesetzbuch hinein arbeiten, so war ihr reichlich durch Sozialdemokraten und Reichs-Gesetzgeber gegeben. Ihre Kommissionsmitglieder haben im entscheidenden Moment ihre Prinzipien im Stich gelassen. Eugen Richter hofft durch Schimpereien gegen die Sozialdemokratie und Statistiken diese Wadelschneepel verbieten zu können. Wie ähnen gegenüber dem großen Vergehen der „Freis. Ztg.“ die Sinne eines der erblichsten Gegner der Sozialdemokratie, die des Reichstages Abgeordnete Ordober. Dieser Abgeordnete schreibt auf Seite 19 seines Wäheleins über die Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wörtlich:

Nicht erreicht wurde eine vollständige Regelung des Gefindevertrages im Bürgerlichen Gesetzbuch, was vom Zentrum und den Sozialdemokraten beantragt worden war. In dieser Richtung gelang es nur, eine Resolution in der Kommission zur Annahme zu bringen, in welcher die thätlich baldige einheitliche reichsrechtliche Regelung des noch landesrechtlich gegliederten Arbeitsvertrages der Bergarbeiter und des Gefindes gefordert wird. Die Resolution beruht auf einem Antrag der Sozialdemokraten. Mehr (als vorher dargelegt) im Augenblick zu erreichen, war leider unmöglich, da die Vermählungen des Zentrums in der Kommission, die Vorschriften über die Gefinde-Ordnung ganz oder wenigstens in der Hauptsache in die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Dienstvertrag hineinzuarbeiten, abgesehen von den beim Dienstvertrag hervorgehobenen Bestimmungen, nur bei den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion ernsthafter Unterstützung fanden.

Wenn jetzt die „Freis. Ztg.“ behauptet, die Stellung der freisinnigen Vertreter in der Kommission gegen Beseitigung der Gefinde-Ordnungen habe aus keinem Fraktionsbeschlusse beruht, so ist das lediglich eine nicht glückliche Ausflucht. Die neuerlichen Darlegungen der „Freis. Ztg.“ lesen überdies nahe, daß nicht nur die Abgeordneten Leymann, Kaufmann u. s. w., sondern auch ihr Chef nicht für Beseitigung, sondern nur für reichsrechtliche Reform der Gefinde-Ordnungen ist. Haben wir in unserer Annahme recht? Ferner mit der Sprache!

Ueber Wahlvorbereitungen des Bundes der Landwirthe ist die „Nationalist. Corr.“ in der Lage, folgende recht interessante Mittheilungen zu machen:

Die Berliner Zeitung des „Bundes der Landwirthe“ trifft Vorbereitungen, um für den kommenden Winter den Stadthagen Agitatoren zu verpacken. Wie uns aus Westpreußen mitgetheilt wird, werden hier bereits auf dem Annoncenwege (1) ältere erfahrene Landwirthe gesucht, welche im Stande sind, über die wirtschaftlichen Lagefragen in Versammlungen auf dem Lande einfache Vorträge zu halten und sich dieser Beschäftigung während des Winters widmen wollen. Mit welchen Mitteln vorzugsweise diese Agitation bestritten wird, beuten die Mägen der konservativen Partei an, deren Zentralkomitee nicht in der Lage ist, weil die ihr ehemals zugehenden Beiträge jetzt in die Kassen der Bundeszentrale abströmen, ihre Partei-Angelegenheiten in erwünschter Weise wahrzunehmen.

Den geschäftlichen Jahres-Bericht des national-sozialen Vereins veröffentlicht heute die „Zeit“. Wogerechlicherweise ist der Grundton recht pessimistisch. An Arbeits-eifer hat es kaum gefehlt, die Erfolge sind aber ausgeblieben. Nicht pessimistisch sieht der Geschäftsbericht dem Exter Delegirten entgegen.

Niel, 23. September. (Sig. Ber.) Verwandte Seelen finden sich. In einer Versammlung nationalliberaler und konservativer Vertrauensleute in Pöln ist für die Nachwahl im 9. schleswig-holsteinischen Kreis das Karlell erneuert worden. Als Kompromisskandidat ist ein Unterpächter von Tumpeln aufgestellt. — Der durch seine Freigabe eines Postunterbeamten bekannt gewordene Polizeibild Stadtrath a. D. Schow aus Wandbeck wird sich in Pöln als Rechtsanwalt (1) niederlassen. — Die 17. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armen-pflege und Wohlthätigkeit nahm heute Morgen in dem großen Saale der Marine-Akademie unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seyffert ihren Anfang. Als Regierungskommissar nimmt der Geheime Oberregierungs Rath Dr. Reich an den Verhandlungen theil. — Das Tscheped-Schiff „Wischer“ kollidirete beim Einlaufen in den Nord-Ostsee-Kanal mit dem Flutthor der Brunsbütteler Schleuse. Das Thor sowohl wie auch das Schiff wurden beschädigt. Das letztere suchte bei seiner Ankunft in Kiel heute Mittag sofort die kaiserliche Werft auf.

— Eine neue Art der Prinzregenten-Befeidigung hat die kaiserliche „Augsburger Postzeitung“ entdeckt. Das ist diese: Der bayerische Bauernbund hält am Oktoberfest-Sonntag, den 26. September, in München seine Delegirtenversammlung ab. Gestern schließt du, o theurer Leser, dein Haupt und frägt: Ja, ist denn die Postzeitung verrückt geworden, das ist doch keine Feinsregenten-Befeidigung? Doch nur Geduld. Die überwältigende Zentrumsmehrheit bringt folgendes zu Stande:

Am Oktoberfest-Sonntag „brumt“ nachmittags 1 Uhr „alles auf die Wiese“, weil — Sr. Maj. Hohheit der Prinzregent mit dem ganzen Hofe um 2 Uhr auf der Oktoberfestwiese erscheint, um die Preisvertheilung an die Besitzer des preisgekrönten Viehes persönlich vorzunehmen. Wenn nun ein Bayerischer Bauernbund seine Delegirten gerade auf diese Stunden zu einer Versammlung einberuft, die der Regierung jedenfalls keine Schmeichelei sagen, sondern nach dem Recepte Wieland's „nur radikal vorgehen“ soll, so liegt darin auch für Leute, die nicht sehr abelnehmerisch sind, eine direkt beleidigende Kundgebung gegen den Regenten des Landes und das ganze königliche Haus.

Diese allernueste zentrumpatriotische Entdeckung läßt den Witz des preussischen Staatsanwalts weit hinten, der herabgefunden hat, daß auch Majestätsbeleidigungen durch passives Verhalten des, dem Gesichte entgangenen Körpertheils verübt werden können. Und die Verzweiflung über die Bauernbewegung scheint bereits fürchtbare Verwundungen in bayerischen Patriotengehirnen angerichtet zu haben.

Aus Baden, 23. September. (Sig. Ber.) Eine Gedächtnisfeier eigener Art beging kürzlich das in Strassburg i. G. in Garnison liegende 2. Rheinische Jäger-Regiment Nr. 9. Dasselbe passirte auf dem Rückmarsch aus den Kaisermandern das bodische Dorf Wiesenthal bei Braben, an der Rheinbahnlinie Karlsruhe-Mannheim. Dort, bei Wiesenthal, war es am 20. Juni 1849 zwischen der preussischen Division Brun und den badischen Revolutionären unter Major Wiedenfeld, dem später in Kattstatt erschossenen Freihaarenführer, zu einem heftigen Treffen gekommen, nachdem die aus der Pfalz heranziehenden Preußen am Morgen desselben Tages den Rhein bei Germersheim überschritten hatten. Nachdem der Pole Wiedenfeld, der mit etwa 9000 Mann Freihaaren, unterstützt von dem bayerischen Blind und Wollheim, den Rheinübergang bewachen sollte, sich von dem Preußen hatte überwinden lassen, stellte sich Major Wiedenfeld, hartnäckig Widerstand leistend, dem Feinde entgegen. In dem sich entwickelnden Gefecht that sich das oben genannte Jägerregiment durch stürmische Draufgehen hervor, erlitt dabei aber infolge der tapieren Gegenwehr aus seinen der badischen Aufständischen erhebliche Verluste. Unter den Verwundeten befand sich auch Prinz Friedrich Karl von Preußen. Schließlich mußte das tapere Jägerregiment der Freiheitskämpfer jedoch der preussischen Uebermacht weichen und sich unter Preisgabe einer Anzahl Gefangene auf Bruchsal zurückziehen. Zum Andenken an die zahlreichen gefallenen Jäger wurde später über ihrer gemeinsamen Ruhstätte auf dem Friedhofe in Wiesenthal durch Regimentärkammeraden ein Denkmal errichtet. Als nun dieser Tage eine Abtheilung des Regiments auf dem Marsche in Wiesenthal ins Quartier kam, unter die keine kleine Gedächtnisfeier für die Gefallenen veranstaltet. Unter Theilnahme der Bürgerchaft marschirte die Abtheilung nach dem Friedhofe und legte an dem Denkmal Kränze nieder. Es folgte ein Kaiserhoh und die Abingung eines Chorals. Dann beschäftigten die Offiziere und Unteroffiziere, unter Führung eines Augenzeugen von 1849, das damalige Gefechtsfeld, während eines Soldaten bewirthe wurden. — Für unsere Bourgeoisie ist es doppelt beschämend, mit anzusehen, wie derjenige Hrennd gedacht wird, die vor nun bald 50 Jahren das nach demokratischen Freiheiten strebende badische Volk mit Waffengewalt niederknieten, während sie selbst diejenigen heute feige verkrugnet, welche in jener ersten Zeit an der Wiege der modern-bürgerlichen Freiheiten gestanden und gekämpft haben.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat, wie uns eine Privatdepesche aus Leipzig meldet, heute die Revision gegen das Urtheil des Berliner Landgerichts I gegen Dr. Kurt Elzner in Nordburg (Alt-Znamun), den Verfasser des bekannten wegen Majestätsbeleidigung inkriminirten Artikels der Berliner Wochenschrift „Die Kritik“ zu neun Monaten Gefängnis und gegen Dr. Richard Wrede, den Herausgeber derselben zu sechs Monaten Festung, verworfen.

Ein gegen Genossen Georg Wagner in Berlin eingeleitetes Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung ist eingestellt worden.

Oesterreich.

Wien, 22. September. Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses hat gestern und heute in vielstündigen Sitzungen eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen endgiltig erledigt, darunter ein Gesetz über Bergwerks-Inspektoren und Bergarbeiter-Delegirte und einen Dringlichkeits-Antrag, bezüglich der Regelung der Bruderladen-Verhältnisse, ferner einen Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen, der Handlungsgelöhner, der Angestellten in Advokaten- und Notariatskanzleien, in Apotheken, in Laborkraften und Lotto-Kollektoren, bei den Arbeiterunfallversicherungen, in Anstalten und Krankenhäusern, ferner betreffend den Abschluß in Verkaufsgeschäften und die Sonntagruhe. In Beratung stehen noch andere Gesetzentwürfe, unter anderem auch die Abänderung des Pressegesetzes und des Verordnungsgesetzes; ferner eine Neugestaltung des Gewerbe-Inspektors und eine umfassende Reform der Gewerbe-Ordnung. Vorbereitet sind weiter Gesetzentwürfe bezüglich der Dienstverhältnisse der Eisenbahnangestellten (Dienstprämien) und ein Dringlichkeitsantrag, betreffend die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Ursachen der sich häufenden Eisenbahnunfälle.

Der politische Lage hat der Verband eine eingehende Diskussion gewidmet. Aus den Berichten der Vertrauensmänner der einzelnen Wählerkreise geht hervor, daß die Arbeiterschaft überall die in der vorigen Session von den sozialdemokratischen Abgeordneten angenommene Haltung vollständig billigt, und sie werden in der schärfsten Opposition gegen das Ministerium Waben auch künftig verharren. Das Verhalten der Regierung seit der Schließung des Parlaments, das in einer ganzen Reihe von Gewaltthaten seinen Ausdruck findet, insbesondere auch die durch die badischen Sprachenverordnungen provokirte Festsprechung der nationalen Presse, die in zahllosen Drangsalierungen von Arbeitern zu Tage tritt, rechtfertigt es, die Opposition gegen diese unsfähige Regierung womöglich noch zu verschärfen.

Wien, 24. September. Abgeordnetenhaus. Unter heftigen Kundgebungen der Linken wurde heute abends die Angelegenheit der angeblich als Diener des Hauses verkleideten Polizisten zur Sprache gebracht und durch den Präsidenten Dr. Kothren dahin hergestellt, daß im Hause keine Polizisten vorhanden seien, sondern daß nur einige Diener früher der Sicherheitswache angehört hätten, was für ihre Aufstellung kein Hinderniß bilde. Hierauf erfolgten Aufstufungen der Mandatsausübung seitens des beugnadigten Abgeordneten Szajer, auf welche der Präsident erklärte, daß das Präsidium ein Gutachten des Justizministeriums eingeholt habe und mit diesem der Ansicht sei, daß Szajer auf grund der Wegnahme Abgeordneter bleibe. Nach längerer Debatte beantragte der Abgeordnete Dr. Wenger (lib.) schließlich die Prägung des strittigen Falles durch einen Ausschuss. Abdam erfolgte die Abstimmung über den vom Abgeordneten Dr. Groß gestellten Abänderungsantrag des gestrigen Sitzungsprotokolls über die Präsidentenwahl. Der Antrag wurde mit 181 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Wien, 24. September. Das Herrenhaus vollzog die Wahl von 20 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern für die Delegation. Abgeordnetenhaus. Der Antrag des Abgeordneten Hub, über die gestrige Antwort des Alterspräsidenten Dr. Jurkan wegen der nicht erfolgten feierlichen Eröffnung des Reichstags durch den Kaiser in der nächsten Sitzung die Debatte zu eröffnen,

wurde in namentlicher Abstimmung mit 156 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Hierauf ging das Haus zur Tagesordnung über und nahm die Wahl der Schriftführer und Ordner vor.

Eger, 24. September. Das Prager Oberlandesgericht hat die von den Parteifreunden des Redakteurs Poser für denselben angebotene Kauktion abgelehnt und damit endgültig entschieden, daß Poser in Untersuchungshaft verbleibe.

Ungarn.

Ugram, 24. September. Infolge der blutigen Zusammenstöße zwischen Landbevölkerung und Militär in Kroatien beschloß die Regierung die Verhängung des Standrechts über sechs Bezirke, welche heute publiziert wird.

Offiziell wird hierzu gemeldet: Im Dorfe Klacki verwehrte die Bevölkerung dem Bischof Orules und der Geistlichkeit den Eintritt in die Kirche. Im Dorfe Berna griff eine Menge die Gendarmen mit Gewehrschüssen an. Die Gendarmen erwiderte das Feuer. Eine Frau wurde getödtet und sieben Personen verwundet. Die Nachricht, daß die Aufständigen drei Beamte getödtet haben, bestätigt sich. Das Militär, welches aufgebracht ist, ist so vertheilt, daß es weitere Unruhen zu verhindern im Stande ist. Die Unruhen, welche nur lokaler Natur sind, brachen infolge einer Agitation durch die radikalen Serben aus.

Niederlande.

Haag, 24. September. Nach dem heute vom Finanzminister vorgelegten Budget für 1898 betragen die Ausgaben 141 1/4 Millionen Gulden; das Budget schließt mit einem Fehlbetrag von 8 1/2 Millionen Gulden ab, der durch Ueberweisungen an die Gemeinden und verringertes Ergebnis der Personalsteuer verurlicht ist. Das ordentliche Budget weist einen Fehlbetrag von 1 1/2 Millionen Gulden auf, der durch Erhöhung der Sätze des Zolllariffs gedeckt werden soll.

England.

Nachwahl zum Parlament. Von sozialistischer Seite wird für die Erziehung in Parkley der Arbeiter Peter Curran aufgestellt.

Lord Balfour, der populärste General der englischen Armee, verlangte in einer Ansprache in Glasgow die Vermehrung der Linienbataillone.

Spanien.

Der spanische Finanzminister Navarro Revolver befindet sich in einer gewiß nicht zu beneidenden Lage. Die Regierung verlangt immer neue Geldmittel für die Truppen auf Cuba und den Philippinen, aber wo immer der Finanzminister greift, findet er einen verzweifelten Widerstand. Die neuen städtischen Verzehrungssteuern, welche besonders von den Marktfräulein und Kleinhandlerrinnen ertrachtet werden müssen, haben wochenlang in allen größeren Städten zu Kundgebungen der Vertreterinnen dieses Standes geführt, bei denen die erregten Frauen den Finanzminister gewiß hundertmal mit Besenstielen erschlagen haben würden, wenn er ihnen unter die Hände gekommen wäre. Noch gefährlicher aber waren für einen streng katholischen Staat, wie Spanien, die Eingriffe des Ministers in die kirchlichen Güter, von denen er einen großen Theil mit Beschlag belegt und verkauft hat. Der Bischof von Malorca hat daraufhin den Minister in aller Form mit dem Kirchenbann belegt. Der nächste Schritt des letzteren war die Verpachtung des Petroleum-Monopols, die wahrscheinlich den Preis eines Liter Petroleums nach deutschem Gelde auf 60 bis 70 Pf. treiben wird. Bisher kostete die Gesamtmenge des in Spanien verbrauchten Petroleums im Einkauf 9 1/2 Millionen Peseten. Der neue Monopolpächter muß nun aber allein 18 1/2 Millionen Peseten entrichten, so daß die Spanier künftig ihr Petroleum dreimal so teuer bezahlen müssen, als es sonst im Weltmarkt zu haben ist. Sodann kommen in diesen Tagen alle italischn Salzwerke zum Verkauf, wobei der Staat so viel herauszuschlagen hofft, daß kein Stein in Spanien ein Pfund Salz mit etwa 30 Pf. zu bezahlen sein wird. Es wird dann auch eine allgemeine Küstebewachung eingeführt werden, damit sich nicht die armen Leute Meerwasser holen, durch dessen Verdampfung sie das Salz für ihren täglichen Gebrauch erhalten könnten. Ein weiterer kühner Plan des Ministers ist ebenfalls in diesen Tagen fertiggestellt worden, nach welchem auf Grund eines Gesetzes aus dem 17. Jahrhundert die Gemeindefinanzen von etwa 10 000 Orten als Staatsvermögen erklärt werden. Der Staat wird dieselben verkaufen oder sie den Gemeinden zur Verpachtung überlassen, wenn diese eine Jahrespacht von 20 pCt. der festgesetzten Verkaufssumme an die Staatskasse zahlen. Um aber zu zeigen, daß Herr Navarro Revolver nicht nur von den kleinen Leuten Geld nehmen will, so denkt er auch vom Hause Rothschild etwas zu gewinnen. Dessen Vertrag zur Pachtung der spanischen Quecksilber- und Zinkwerke läuft nämlich demnächst ab, und eine Verlängerung des Vertrages soll bios dann zugelassen werden, wenn das Haus Rothschild eine etwa dreimal so hohe Pacht zahlen würde. Die Madrider Presse fürchtet jedoch, daß in diesem Falle die Standhaftigkeit des sonst so eisernen Ministers nicht ganz ausreichen werde.

Türkei.

Zu den Friedens-Verhandlungen liegen aus Konstantinopel folgende Meldungen vor:

Es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß die Psorte von der Ottomanenbank einen großen Vorstoß auf die von Griechenland zu zahlende Kriegsschuldigung erhält, infolge dessen lasse die in Konstantinopel herrschende Spannung und Besorgnis nach. Der Sultan begt Besorgnis wegen der Klümmung Thessaliens; denn er befürchtet bei der Klümmung einen neuen Ausbruch islamitischen Glandens von Seiten der Soldaten. Der Zweck der Reise Sir Edgar Vincenz's nach Berlin war, sich darüber zu vergewissern, was die deutschen Bundesherren tatsächlich von der griechischen Regierung verlangen.

Gleich verläutet, daß die Ottomanenbank-Gruppe für die Uebernahme der Kriegsschuldigungs-Anleihe unter anderem die Konzession für eine griechisch-türkische An-Schlußbahn verlangt.

Die türkischen Konsuln werden binnen kurzem auf ihre früheren Posten in Griechenland zurückkehren.

Internationale Zollhebung auf Areta. Wie der „Zit. Kor.“ aus Kanea unterm 23. September gemeldet wird, werden die von den Admiralen eingesetzten Zollhebungskommissionen am 15./27. September in Kanea, Methymnos, Skandia und Hierapetra ihre Thätigkeit beginnen. In Vorkriegszeiten und dessen Stellvertretern werden Offiziere der europäischen Besatzungstruppen ernannt, während die Bureau- und Kassensarbeiten von Beamten der Konsulate versehen werden sollen. Als Zollkassierer und Hilfspersonal wird man theilweise die bisherigen Beamten einsetzen. Die Admirale hoffen somit, eine auch für die späteren Bedürfnisse ausreichende Zollverwaltung zu schaffen, da nach ihrer Annahme demnächst die letzten Zolleinfüsse für den Dienst einer aufzunehmenden Anleihe verwendet werden müßten.

Griechenland.

Aus Athen liegen heute folgende Meldungen vor: Der zweite Sekretär an der russischen Botschaft in Konstantinopel traf hier ein und überbrachte den Text des Vorfriedens-Vertrages. Die hiesigen Vertreter der Mächte hielten in der russischen Gesandtschaft eine Berathung ab. Der Vertrag wird wahrscheinlich morgen der Regierung vorgelegt werden. Die Kammer wird auf nächsten Montag, spätestens aber auf Mittwoch, einberufen werden.

Nach Meldungen Londoner Blätter aus Athen sollen gestern im Bereich Aufhebungen vorgekommen sein, angeblich durch einen Mordtod des deutschen Schiffes „Augusta Victoria“ veranlaßt. Der Mordtod sei vom Publikum belächelt worden, so daß seine Verleugung ihm mit gegogenem Eifer gegen die wüthende Menge vertheilt wurden. Durch Einschreiten der Polizei sei dem Tumult ein Ende gemacht worden.

Athen.

Die bisherigen Kämpfe in Indien haben nicht mit dem Afridis, die allein 50 000 Mann ins Feld stellen, Ratt-

gefunden, sondern mit Verbündeten derselben, kleineren Stämmen, die mehr nach der englischen Seite hin wohnen. Und schon diese Vorgeschichte haben den Engländern lästige Schläppen eingetragen. Die Expeditions gegen die Afridis wird, unter dem persönlichen Kommando des Oberbefehlshabers Sir William Lockhart, erst am 8. Oktober von Simla abgehen. Die Afridis haben also noch genügend Zeit, um ihre kriegerische Ausrüstung zu vollenden und — Zugut und Afghanistan zu empfangen.

Ueber die weiteren Kämpfe wird aus Indien telegraphirt: Nach einer Meldung aus Simla vom gestrigen Tage meldete General Gleser, er habe die Mohmands, welche den Bedmanai-Paß besetzt hielten, mit Erfolg angegriffen. Der Feind sei zurückgeworfen und das Dorf Bedmanai jenseit des Passes, dessen Höhen von den Engländern besetzt seien, genommen.

Die Depesche scheint etwas optimistisch gefärbt. Ueberhaupt zeichnen sich die Telegramme aus Indien durch, oft plumpe, Schönfärberei aus, was ganz gegen die sonstige Gewohnheit der Engländer ist und zu dem Schluß zwingt, daß die Lage weit schlimmer ist, als eingeschrieben wird.

Afridisch ist es jedoch, wenn ernsthafte Blätter, wie der „Hamburger Korrespondent“ nun auf einmal die ganze englische Kriegsmacht zu Lande als null und nichtig hinstellen. Derartige Späßen sollte der „Korrespondent“ sichtlich dem Hamburger Organ des baltischen Reichskriegsleiters überlassen.

Bombay, 24. September. Die von dem Herausgeber des Blattes „Nefari“, Gangadhar Tilak eingelegte Berufung gegen das Urtheil, welches auf 18 Monate schweren Kerkers wegen Aufreizung zur Ungewissheit lautete, ist verworfen worden.

Die Zufriedenheit wird in Indien trotz dieses Urtheils nicht Platz greifen.

Afrika.

England in Egypten. Den heutigen Londoner Blättern zufolge sollen die größten Otschakten Ober-Egyptens sämtlich englische Garnison erhalten.

Tributi, 23. September. Hier verlaudet, England habe dem Negus Menelik eine noch viel weiters als die von ihm geforderte Grenzabteilung zugestanden. Menelik habe die Abgrenzung der Zustimmung Rußlands, Frankreichs und der Türkei unterstellt, um sie durch diese europäischen Mächte garantiren zu lassen.

Amerika.

Washington, 23. September. Das Schahant richtete an die Zollämter ein Rundschreiben, in welchem mitgeteilt wird, daß gemäß Abschnitt 5 des Tingley-Gesetzes aus Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Deutschland kommende Zucker, für welchen Ausfuhrprämien vergütet wurden, Differentialzölle vom gleichen Betrag der Prämie zahlen muß.

Somit gehen wir unsere Ausfuhrvergütungen für Zucker direkt in die Kasse der Vereinigten Staaten.

Ist das Teufische Reich tributpflichtig an die Union geworden? Die Aufhebung der Zollerprämien, welche ja auch so bald ihren ganzen Werth für die Junker verloren haben, ist im Interesse des Ansehens des Deutschen Reichs wie in dem der Steuerzahler heute dringlicher denn je.

Die Vereinigten Staaten und Spanien. Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Paris erfährt, ist es durchaus richtig, daß der spanische Regierung durch den amerikanischen Gesandten Woodford nichts, was einem Ultimatum ähnlich sieht, überreicht wurde. Das von demselben übermittelte Memorandum kommt allerdings einer bestimmten Warnung gleich, obwohl es in ganz freundlichen Tönen abgefaßt ist. Es führt aus, daß die Vereinigten Staaten durch den kubanischen Krieg angethanen Schaden mehr sei, als was von Lande ertragen werden könne, und wenn nicht genügende Zusicherungen für einen schleunigen Abschluß des Krieges bis zu der Zeit des Zusammentritts des Kongresses gegeben werden könnten, so wäre es unumgänglich zu sagen, welche Haltung die amerikanische Regierung anzunehmen als unerlässlich anzu sehen würde, um der Lage abzuhelfen.

Ueber den Unfall gegen den Präsidenten Porfirio Diaz von Mexiko wird im Organ zu den offiziellen Dementis der „Zit. Kor.“ über London nach privaten Drachmeldungen das folgende mitgeteilt:

Der Angreifer Arrojo, welcher dem Präsidenten Porfirio Diaz bei dessen Gange zur Kongressöffnung einen Faustschlag versetzte, hatte früher lange Zeit dem Präsidenten als Wadlagent ge dient und gehörte zu demjenigen Theile seines Gefolges, welches bei feillichen Gelegenheiten den Präsidenten mit Weisfaß- und Jubelrufen zu empfangen hatte. Seit kurzem aber war Arrojo aus dieser Stellung entlassen, und deshalb beschäftigungslos, worauf er offenbar den Plan faßte, sich an dem Präsidenten zu rächen. Bei der Parlamentseröffnung gelang es ihm, durch die dichte Reihe der Geheimpolitizisten hindurchzukommen, welche das Kongreßgebäude umgaben, da man ihn noch als den früheren Agenten des Präsidenten ansah; und als er bei dessen Erscheinen aufsprang, glaubten die Politizisten, er wolle Porfirio Diaz eine besondere Kundgebung darbringen. Als aber Arrojo diesen mit der Faust gegen den Kopf schlug, wurde er sofort überwältigt und verhaftet. Man brachte ihn nach der Polizeidirektion, wo er unter fortwährenden Mißhandlungen in eine Zwangsjacke gesteckt wurde. Inzwischen hatte sich vor dem Polizeigebäude eine aus etwa 50 Personen bestehende Schaar gebildet, deren Mitglieder größtentheils zu denjenigen Anhängern des Präsidenten gehörten, aus deren Zahl Arrojo entlassen worden war. Dieser stand gerade gefesselt vor einem Polizeischreiber, der ein Protokoll über seine Aussagen aufnahm, als die wüthende Schaar ungehindert durch die Wache von außen hereinbrach und mit Messern und Stahlstöcken Arrojo binnen wenigen Minuten zu einer unförmigen Masse zer schlug.

Der Vorgang dürfte jedoch für Porfirio Diaz bedenkliche Folgen haben; denn die Entrüstung über eine derartige Lynchjustiz im Innern der Polizeidirektion und durch Personen, welche sich schon längst als die „Präsidenten“ des Präsidenten bei der Bevölkerung verhaßt gemacht haben, ist eine allgemeine. Selbst die Regierungsblätter wagen die That nicht zu entschuldigen, nur bestreiten sie, daß sich unter den Lynchenden Agenten des Präsidenten befunden hätten; die Oppositionsblätter antworten jedoch, daß anderenfalls die sehr starke und gut bewaffnete Polizeiwache die Thäter gar nicht in das Polizeigebäude eingelassen haben würde.

Der Kongreß der sozialdemokratischen Partei Italiens.

Bologna, den 20. September.

In der letzten Sitzung, die am Abend abgehalten wurde, bestimmte der Kongreß, daß Zeit und Ort des nächsten Kongresses von der Parteileitung festgesetzt werden solle. Der Sitz des Exekutivkomitees verbleibt in Mailand und wird gebildet von Ronconi, Bertini und dell'Avalle.

Die letzte Diskussion wird hervorgerufen durch Agnini, welcher vor schlägt, daß bei den Wahlen zu den Kommunal-Vertretungen — in anbetracht der Thatsache, daß die Kommunen doch zu abhängig von der Centralgewalt sind — die Sozialisten nur die protestirende Minorität zu vertreten haben, ohne bei eventueller Wahl ihr Mandat auszuüben. Diese Vorschläge werden, weil sie dem Prinzip der Obererung der politischen Macht entgegenstehen, verworfen. Mit einer schwungvollen Rede des Genossen Andrea Costa schließt der Kongreß seine Arbeiten.

Während der Dauer des Kongresses sind eine Anzahl Telegramme eingelaufen. Mit besonderer Begeisterung wird das der deutschen Parteileitung aufgenommen. Ferner war ein Gruß eingegangen von dem weisfällischen Parteitag in Hdda.

Partei-Nachrichten.

Eine Kreis-Parteiversammlung in Solingen nahm nach einem Referat des Abgeordneten Schumacher folgende Resolutionen mit fast allen Stimmen an:

1. Die Versammlung erklärt sich in betreff der preussischen Landtagswahlen für Aufhebung des Kölner Beschlusses, dagegen ist die Beteiligung an denselben den Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen zu überlassen.

2. In Erwägung, daß die Beschlüsse der Parteitage von Berlin, Köln und Frankfurt in Sachen der Solinger Streitigkeiten nicht gesichert haben, im Gegentheil die Differenzen durch die einseitige Haltung der „Bergischen Arbeiterstimme“ im Sinne der Minorität noch immer mehr auf die Spitze getrieben wurden, stellt die Versammlung beim Parteitag in Hamburg folgenden Antrag: Die „Bergische Arbeiterstimme“ und die „Solinger Freie Presse“ gehen am 1. November dieses Jahres unter dem Namen „Bergische Arbeiterstimme“ in den Besitz der Gesamtpartei über. Nach der Verschmelzung der beiden Blätter tritt der bisherige Abg. Schumacher, der von der letzten Kreis-Parteiversammlung wiederum mit großer Majorität als Kandidat für die demnächstige Legislaturperiode aufgestellt wurde, als Kandidat zurück, und einer später einzuberufenden Kreis-Parteiversammlung soll die Aufstellung eines Reichstags-Kandidaten vorbehalten bleiben.

Dann protestirte die Versammlung gegen die von der sogenannten Opposition vorgenommene Wahl von drei Delegirten zum Parteitag.

Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu der zweiten Resolution, daß nach Schumacher's Verzicht auf das Mandat nirgends mehr ein Grund gegen die Annahme der Friedensvorschläge vorhanden sein dürfte.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Duisburg nahm auf Antrag des Genossen Hengsbach aus Köln folgende Resolution gegen 1 Stimme an: Die Konferenz erklärt sich im Prinzip gegen die Beteiligung der sozialdemokratischen Partei an den preussischen Landtagswahlen, so lange das gegenwärtige Dreiklassenwahl-Gesetz besteht. Damit aber den Anhängern der Wahlbeteiligung die Möglichkeit gegeben wird, einen Beweis ihres Könnens in einzelnen ihnen geeignet erscheinenden Kreisen zu erbringen, erklärt sich die Konferenz für Aufhebung des bekannten Kölner Parteitags-Beschlusses. Daß ein Landtags-Wahlkreis seine Beteiligung beschließt, so dürfen die aufzustellenden Wahlmänner sowohl als auch die Kandidaten selbst nur den Reihen der Parteigenossen entnommen werden. Mit den bürgerlichen Parteien sollen unsere Genossen Wahlbündnisse nicht eingehen. Die Berathung über die Landtagswahlen, sowie die Aufhebung des Kölner Beschlusses soll dem allgemeinen Parteitag unterliegen, dahingegen die Beschlußfassung über die Wahlbeteiligung nur von den auf dem Parteitag anwesenden preussischen Delegirten unternommen werden.

Als Delegirter zum Parteitag wurde Hengsbach, als Stellvertreter Kahl gewählt.

Für den Wahlkreis Aachen-Verloren wurde als Delegirter zum Hamburger Parteitag Genosse Wilh. Genschel aus Ederfeld, der Reichstagskandidat des Kreises, in einer Parteiversammlung in Aachen einstimmig gewählt.

Zu Braunschweig wählte eine Parteiversammlung den Genossen Fräbe als Delegirten zum Hamburger Parteitag. Mit geringer Mehrheit wurde auf Vorschlag desselben Genossen beschloffen, beim Parteitag folgenden Zusatz zum Organisationsstatut zu beantragen: Der Parteitag wählt den Chefredakteur des Zentralorgans, setzt die Höhe seines Gehaltes fest und ertheilt diesem das ausschließliche Recht, die anderen Mitglieder der Redaktion sowie die Mitarbeiter anzustellen und die Höhe ihres Honorars zu bestimmen. Kein Mitglied der Parteileitung darf Mitglied der Redaktion des Zentralorgans sein. Weiter wurde beschloffen, daß der Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abgehalten werden soll, damit auch Fabrikarbeiter als Delegirte gewählt werden können; ferner soll der Parteivorstand nach dem Schluß jeder Reichstags-Legislaturperiode einen Bericht über die Verhandlungen in Broschürenform veröffentlichen, analog den über die Legislaturperioden von 1887-90 und 1890-93 von ihm herausgegebenen Berichten.

Zum Hamburger Antrage auf Wegfall der Forderung der Arbeiterruhe am 1. Mai sagt die „Preussische Tribüne“ in Gera: Der Antrag erscheint uns höchst unglücklich. Hoffentlich wird der Parteitag seine Beschlüsse lassen, welche in die ruhige und feste Entwidlung der Maidemonstration eingreifen. Daß die Sache so liegt, wie die Anhänger des Antrages hervorheben, ist, wenn leider an sich auch richtig, doch nicht entscheidend, da wir es hier nur mit dem Terrorismus der Unterneher zu thun haben, demgegenüber die Maidemonstration eines Tages beweisen soll und wird, daß dessen heutige Nachfälle nicht von ewiger Dauer ist. Den in Hamburg und Nürnberg beklagten Zuständen tragen die bisherigen Beschlüsse unseres Vorklubs bereits voll und ganz Rechnung.

Zur selben Sache schreibt die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M.: Es handelt sich da um die Abänderung des seit Paris oftmals erneuerten Beschlusses der internationalen Sozialisten-Kongresse, und ein solcher Beschluß kann auch nur von derjenigen Stelle rückgängig gemacht werden, die ihn gefaßt hat. Keinerfalls wird es sich also in Hamburg nur darum drehen können, eine Nichtschauer für das Verhalten der deutschen Delegation auf dem nächsten internationalen Kongreß zu geben, und bis dahin ist doch eigentlich noch so viel Zeit zu Ueberlegung und Befragung, daß nicht gerade der Hamburger Parteitag schon mit der Frage beschäftigt zu werden braucht. Einwilligen sind wir in Deutschland mindestens moralisch an die bisher ausgegebene und nach Möglichkeit hochgehaltene Parole der Arbeiterruhe am 1. Mai gebunden. Hat sich wirklich jemand unter uns seit dem Pariser Kongreß der Hoffnung hingeeben, daß wir mehr erreichen würden, als thatsächlich durch unser langsame und zähes Vordringen erreicht ist? War das bei den Hamburger Antragstellern oder den Nürnberger Genossen der Fall, so meinen wir, sie hätten einfach diese Fiktion aufzugeben, nicht aber zu versuchen, einen internationalen Beschluß abzuändern, der von vornherein gar nicht darauf gerichtet war, dasjenige mit einem Male oder auch nur in abschbarer Zeit zu erreichen, was sie jetzt plötzlich so sehr vermiffen. Wie man den Hamburger Antrag betrachtet mag, er scheint uns in den Thatfachen nicht begründet zu sein. Mit seiner Annahme würden wir vieles Erreichte aufgeben und vieles Halbgewonnene in Frage stellen. Deshalb hoffen wir, der Hamburger Parteitag werde seine Zustimmung dazu verweigern, daß ein kalter Reis auf unsere schöne Maiser in Deutschland fällt.

Zu dem Postketter Antrage auf Einföhrung der neuen Orthographie in der ganzen Parteiliteratur meint die „Rheinisch-Westfäl. Arb.-Ztg.“: Für die inkonsequente Galtigkeit der Postketter'schen Rechtschreibung werden sich wohl nicht viele begeistern; für die Buchliteratur könnte auch der Parteitag nichts dekretiren. Wenn aber der Staat es endlich wagte, eine gründliche Umgestaltung der Orthographie nach dem Grundsatz: „Schreibe, wie Du sprichst“ für die Schulen einzuführen, so würden wir entschieden dafür eintreten, daß unsere Parteipresse sich sofort anschloße.

Aus Nordbayern. Am vergangenen Sonntag tagte in Bayreuth eine Parteikonferenz für die Wahlkreise Bayreuth, Hof und Lichtenfels-Kronach, die sich eingehend mit der Frage der Organisation, Agitation und Presse beschäftigte. Die Berichte der Bertronsdeute ließen erkennen, daß überall der regste Eifer zur Agitation vorhanden und die Stimmung und im allgemeinen günstig ist. Der Teil aus Nürnberg sprach über die bevorstehenden Reichstagswahlen, Stücken aus Hof über den Hamburger Parteitag. Als Kandidat des Bayreuther Wahlkreises wurde wieder Genosse Frank aus Nürnberg aufgestellt und zum Parteitag Genosse Stücken aus Hof delegirt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Wegen Beamtendebildung hatte sich Abgeordneter Herbert vom Stettiner Landgericht zu verantworten. In einer Versamm-

lung in Stettin, die am 15. Februar d. J. zur Erinnerung an die vor zehn Jahren erfolgte Verhängung des kleinen Belagerungs-
zustandes abgehalten wurde, hatte Genosse Herbert bei der Schilderung
der Vorgänge, die zur Verhängung des Belagerungszustandes
geführt haben, die Rolle gekennzeichnet, die der Polizei-
kommission Schwannhagen dabei gespielt hat. Im Anschluß daran
erwähnte Herbert, daß sich der Kriminal-Schutzmann Vennemois
damals in der Menge befunden habe, der, weil ihn die
Soldaten nicht gefaßt hätten, von diesen verwundet worden sei.
Der überwachende Beamte, Polizeikommissar Hensel, hatte nun
in seinem Bericht, den er aber erst am anderen Tage angefertigt hatte,
geschrieben, Herbert habe gesagt, die Verwundung des Vennemois sei
ein Beweis, daß dieser „sich in der aufgeregten Menge befunden
und wahrscheinlich auch selbst das Schreien und Brüllen mit ver-
ursacht“ habe. Es wurde deshalb gegen Herbert Anklage erhoben.
In der Verhandlung vor dem Landgericht wies Herbert die
gegen ihn erhobene Beschuldigung als vollständig unzutreffend zurück
und verlangte Originalnotizen des Polizeikommissars Hensel, da
dessen Bericht ganz mangelhaft sei. Dieser erklärte aber, die Original-
notizen nicht mehr zu haben. Das Verhör zweier Zeugen, die im
Bureau der Versammlung am 21. Februar gefaßt hatten, fiel zu
gunsten Herbert's aus, dennoch beantragte der Staatsanwalt die
Verurteilung des Angeklagten, und zwar zu 1 Monat Gefängnis.
Der Gerichtshof erkannte aber, nach ganz kurzer Beratung, auf
Freisprechung, da es wohl möglich sei, daß sich der überwachende
Beamte geirrt habe. Ein Beweis für die Beleidigung sei nicht
geleitet.

— Von der Strafkammer in Danzig wurde Genosse Stojpe
zu 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt, weil
er, wie es in dem ihm zugestellten Strafmandat heißt: „... eine
unermittelte geliebte Person zu der von der
derselben begangenen strafbaren Handlung, näm-
lich der unbefugten Vertheilung der Flug-
blätter: ... (folgen die Titel) ...“ durch
Geschenke oder Versprechen, durch Mißbrauch
ihres (resp. seines) Ansehens oder durch Ueber-
redung vorsätzlich bestimmt“ habe. Es handelte sich
um Flugblätter, die während des Hamburger Hafenarbeiter-
Streiks, um die Fernhaltung des Junges zu bewirken,
im Hafen zu Neufährwasser verbreitet wurden und die
Genosse Stolpe als Verfasser gezeichnet hatte. In dem Urtheil wurde
auch die durch Verbreitung des Flugblattes bezweckte „Aufhebung“
der Arbeiter gegen die Unternehmer und die hierin liegende
ordnungsfeindliche Tendenz hervorgehoben. Dem Uebelthäter,
welchen der Angeklagte als Zeugen gestellt hatte und der die Un-
richtigkeit der in dem Strafmandat enthaltenen Voraussetzungen be-
kundete, wurde kein Glaube geschenkt; man verurteilte ihn auch nicht.
Revision ist eingelegt.

— Die Amtshauptmannschaft in Glauchau hatte eine Ver-
sammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Franz Gosmann aus
Chemnitz über die politische Lage sprechen sollte, hauptsächlich
unter Berufung auf dessen Vorträge verboten. Die vom Ein-
berufener der Versammlung erhobene Beschwerde ist jetzt von der
Kreisoberhauptmannschaft in Zwickau als beachtlich befunden worden;
das von der Amtshauptmannschaft auf Grund des § 5 des Gesetzes
erlassene Verbot deckte sich nicht völlig mit den Voraussetzungen
dieses Paragraphen. Derselbe lautet: „Versammlungen, deren
Zweck es ist, Gesetzesübertretungen oder unethische Handlungen zu
begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, sind
verboten.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zum Ausbruch der Formier. Am Donnerstag verhandelte
der Verband der Berliner Metallindustriellen.
Der Versammlung, die natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit
tagte, wohnten Vertreter fast aller Firmen, soweit sie dem Verband
angehören, bei. Wie es scheint, hat der Verband es aber doch für
gut gehalten, einiges von seinen Abmachungen der Presse
mitzutheilen, denn fast alle bürgerlichen Blätter von heute
Abend berichten übereinstimmend folgendes: Der Verband
hat eine „Vertrauenskommission“ gewählt, bestehend aus
folgenden Mitgliedern: Kommerzienrath Kühnemann in Firma
Kühnemann u. Kühnemann, Kommerzienrath Behrens in Firma
Gesellschaft Mehlis u. Behrens, Direktor Hedmann in Firma Paul
Hedmann, Kommerzienrath Kofelowsky in Firma A. Schwarzkopff,
Direktor Ernst Vorfis in Firma A. Vorfis, Direktor Koblert in Firma
Maschinenfabrik, Dr. Bachmann in Firma Neue Berliner Messing-
werke, und Direktor Hildebrand in Firma Böhme u. Co. Diese Kommission
soll zunächst den Umfang des Streiks feststellen. Nachdem das
Resultat eingegangen, wird die Kommission in einer Sitzung zu
Beginn nächster Woche dann über die Verantwortung der Inskription
des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts betreffs Beilegung
des Ausstandes durch Vergleich beschließen. Die Regelung der Sache
liegt also ganz in der Hand dieser Kommission. Die Namen der
Kommissionsmitglieder können den Arbeitern besonderes Vertrauen
nicht einflößen, wie es scheint, hat die kriegerische Richtung im
Unternehmer-Verbande — wo, wie wir bestimmt wissen, auch eine
zum Frieden geneigte Richtung vorhanden ist — Oberwasser behalten.
Hinsichtlich des an den Vorstand gelangten Schreibens des Vor-
sitzenden des deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des deutschen
Formier-Verbandes wurde kein Beschluß gefaßt, dem Vernehmen nach
wird der Verband der Metallindustriellen von
seiner bisherigen Gepflogenheit, mit sozial-
demokratischen Organisationen prinzipiell nicht
zu verhandeln, nicht abweichen. Die Firma A. Vorfis
hat an das Einigungsamt des Gewerbegerichts den Beschluß ergeben
lassen, daß sie nicht in der Lage sei, in Verhandlungen einzutreten
und das Einigungsamt an den Verband verwiesen.

Herr Vorfis lehnt es also ab, für sich allein zu verhandeln,
sondern verweist das Einigungsamt auf seinen Verband. Gut!
Aber, warum sollen nur die Arbeiter nicht dasselbe Recht haben,
ihre Interessen ihrer Organisation zu übertragen? Gerade diese
Nichtanerkennung der Arbeiterorganisation seitens
des Unternehmerverbandes ist schon so häufig die Ursache erbitterter
Kämpfe innerhalb der Berliner Metallindustrie gewesen. So lange der
Unternehmer-Verband das Verhandeln an sich ablehnt, muß er
sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er den Frieden nicht
haben will.

Eine offizielle Antwort des Unternehmer-Verbandes an die
Arbeiterorganisationen auf deren Antrag, in Unterhandlungen zu
treten, ist bis heute Abend noch nicht eingetroffen.

Am Streik betheiligt sind bis heute Abend 21 Gewerke mit
512 Formern.

Achtung, Stockarbeiter! Sämtliche Arbeiter der Stockfabrik
von Ranz u. Komp., Brunnenstr. 10, haben wegen Lohnunterschieden
die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Die Agitations-
Kommission.

Achtung, Typsetzer! Nach Beschluß der letzten öffentlichen Ver-
sammlung befindet sich die Zahlstelle für den Vertrauensmann von
jetzt ab bei Schiller, Rosenhalestr. 37.

Kollege! Ihr habt nun erreicht, was so lange angestrebt
worden ist: eine einzige geeinte Organisation in Berlin. An Euch
ist es nun, auch Eurerseits Eure Pflicht zu thun. Bedenkt, daß in
den letzten Jahren der Lohn stetig gefallen ist, daß man versucht, die
Arbeitslosigkeit zu verlängern. Ferner ist daran zu erinnern, daß nach
dem 15. Oktober auf unverlässigen Bauten nicht mehr gearbeitet
werden darf.

Kollege! Sorgt dafür, daß wir jederzeit zum Kampfe gerüstet
sind. Vor allen Dingen wählt auf jedem Bau, soweit dies noch
nicht geschehen, einen Vertrauensmann, der am Sonnabend sich
die Entlassung und die Ueberführung der Streikfonds-Beiträge
angelegen sein läßt. Sorgt dafür, daß es bald wieder heißen
kann: die Berliner Typsetzer marschieren mit an der Spitze der
gewerkschaftlichen Organisationen. In der nächsten Woche findet
eine Vertrauensmänner-Sitzung statt (siehe Inserat am Dienstag), in

welcher über die Fensterfrage gesprochen werden soll; sorgt dafür,
daß jeder Bau vertreten ist.

Der Vertrauensmann: H. David, Barfhauserstr. 7.

Die Klage der Buchdrucker Gasse und Genossen gegen
ihren Ausschluß durch den Zentralvorstand des Verbandes deutscher
Buchdrucker wurde gestern vor der 6. Zivilkammer des Landgerichts
Berlin I. verhandelt. Die Anwälte beider Parteien machten ihre
Gründe für und gegen den Ausschluß geltend. Die Verurteilung des
Urtheils erfolgt am Freitag, den 1. Oktober.

**Wegen Lohnunterschieden in der Handschuh-Fabrik von
H. C. Döpp in Friedrichshagen** kündigten sämtliche Hand-
schuhmacher, circa 60 Mann, am 21. September ihr Arbeitsverhältnis.
Einigungsversuche sind bis jetzt resultatlos verlaufen. Zugang ist fern-
zuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck
gebeten.

Deutsches Reich.

An die Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Infolge des letzten Streiks auf der Norddeutschen Wollkammerei
und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst sollen aus der Abteilung
Kammerei in der nächsten Zeit sämtliche männliche Arbeiter ent-
lassen werden. An stelle der männlichen sollen weibliche Arbeits-
kräfte gestellt werden. Die Fabrikleitung läßt in diesem Zwecke
bereits hinter der Fabrik auf freiem Felde ein Arbeiterinnenheim bauen,
eine Kaserne in des Wortes vollster Bedeutung. Den Arbeiterinnen
ist bereits der Befehl geworden, in Zukunft keine weiblichen Logis-
gänger zu nehmen. Von der Kündigung werden ca. 150 Personen
betroffen, darunter viele verheiratete.

Diese Personen sollen auch nicht in anderen Abteilungen ein-
gestellt werden und man nimmt an, daß an den Arbeitern eine
Vergeltung geübt werden soll, weil sie seinerzeit an dem Streik be-
theiligt waren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden deshalb
gebeten, nach Kräften den Zugang fernzuhalten. — Alle Anfragen
sind zu richten an Albert Meyer, Delmenhorst, Orth-Wee Koppel-
straße. Der Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes Delmenhorst.

In Gräfingroda sind die Arbeiter der Kellereien-Fabrik von
Otto Messing wegen Maßregelung eines Arbeiters in den Aus-
stand getreten.

Ausland.

Ueber den Kampf der englischen Maschinenbauer ist heute
nur so viel zu berichten, daß der Präsident des Handelsamts,
Ritchie, eifrig bemüht ist, zu vermitteln. Er soll den Arbeitern
angerathen haben, ihre Forderungen etwas herabzusetzen. Diese
würden, wie „Daily Chronicle“ mitzutheilen weiß, bereit sein, bis
zum 1. April nächsten Jahres auf die 51-Stundenwoche einzugehen
und erst von da ab die 48-Stundenwoche eintreten zu lassen. Ob
die Unternehmer sich überhaupt auf irgend welche Verhandlungen
werden einlassen, bleibt nach der jetzt in ihrem Verband herrschenden
Stimmung sehr zweifelhaft.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. In Castelltermini in der Provinz
Girona auf Sizilien wurden 80 Arbeiter durch den Einsturz
einer Mine verschüttet. Die letzten Nachrichten über das Un-
glück melden, daß aus den weniger tief gelegenen Stellen drei Tote
und drei Verwundete an das Licht gebracht wurden. Ungefähr 85
andere Arbeiter, die in tiefer gelegenen Stellen gearbeitet haben,
sind von einer etwa 30 Meter hohen Schicht Schutt bedeckt. Die
Rettung dieser Arbeiter wird als aussichtslos betrachtet.

Gerichts-Beilage.

Die Nothwendigkeit der Arbeiterpresse und die empfindende
Nothwendigkeit eines Unternehmers wurden gleichzeitig in einem Straf-
prozeß dargelegt, der sich in letzter Instanz vorgestern vor dem
Reichsgericht abspielte. Der Mannheimer Brille wurde am
26. Mai 1897 vom Landgericht München I wegen Vergehens
gegen die persönliche Freiheit zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.
Er hatte einen Neubau aufgeführt, auf dessen Dache die Spengler-
geschillen des Spenglermeisters Schneller mit den zugehörigen
Spenglerarbeiten beschäftigt waren. Die letzteren bedienten sich dazu
eines Gerüstes, an dem jedoch der dafür verantwortliche Angeklagte
keinerlei Schutzvorrichtung hatte anbringen lassen. Alle
ihre Gesuche um Abhilfe waren vergebens, auch eine Beschwerde
an die Berufungsinstanz; sie wandten sich daher — als
letztes Mittel! — an die sozialdemokratische „Münchener Post“,
worin ihrem Wunsche gemäß der Sachverhalt veröffentlicht wurde. Eine
Nummer dieses Blattes mit dem Artikel legten sie sodann auf den
Frühstückstisch des Angeklagten im Wirthshause und erzielten auch
damit eine dem Naturell des Mannes entsprechende Wirkung: der An-
geklagte ärgerte sich und fragte in voller Wuth auf das Dach hinauf, wo er
den 4 Gesellen aufrief, sie sollten sofort Feierabend machen, sonst würde er sie
von dem Bau hinunterwerfen. Drei verließen den Bau, während
der vierte, Conrad Hinger weiter arbeitete, in der Ueberzeugung,
daß der Angeklagte nicht das Recht habe, ihn deshalb Knall und
Fall fortzuschicken. Der Angeklagte ging ihm nun auf dem Dache
mit dem Zogelöhner und Steinträger Müller zu Leibe und erreichte
dabei auch, daß Hinger Angst bekam, er solle vier Tropfen hoch
vom Dache heruntergeworfen werden. Der Angeklagte legte gegen das
Urtheil Revision ein und führte zur Begründung derselben noch
hinzu, die Wendung Hinunterwerfen oder Hinanwerfen sei eine
stänbige Redeweise auf dem Bau, die gar nicht so arg
schlimm gemeint sei. Vor allem mache er noch geltend, daß er seinen
Begleiter habe zurückhalten müssen, der sich in buchstäblicher Be-
folgung des ihm zuvor gewordenen Auftrages auf Hinger stürzen
wollte, um ihn vom Dache herab in den sicheren Tod zu schleudern.
Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Der Roman der Klavierlehrerin Marie Gerdes, der schon
so viel Staub aufgewirbelt hat, wird nun heute vor dem Schwur-
gericht des Landgerichts I zur Verhandlung gelangen. Die An-
geklagte, die in der Untersuchungsanstalt ihren 25. Geburtstag erlebt
hat, steht unter der schweren Anklage des versuchten
Mordes und wird nun heute jedenfalls den Geschwornen
die Seelenqualen und die Verzweiflung einer Verlassenen schildern.
Der junge Mann, dem sie sich hingeeben, der Kaufmann Robert
Reichenstein, ist jetzt erst 22 Jahre alt und wird am 1. Oktober sein
Militärjahr beim 3. Garde-Regiment abgedient haben. Bekanntlich
hat Marie Gerdes, die schon aus einer früheren Liaison ein drei-
jähriges Töchterchen besitzt, den jungen Mann bei Gelegenheit der
Musikstunden kennen gelernt, die sie in seiner Familie ertheilte.
Zwischen beiden entspann sich ein Liebesverhältnis, bei welchem
auch ein Eheversprechen gegeben wurde, aber an dem Widerspruch des
Vaters A. scheiterte. Der junge Reichenstein hat sich dann einen
anderen jungen Mädchen zugewandt. Der Angeklagten, die im
Februar d. J. einem zweiten Kinde das Leben gab, dessen Vater A.
ist, wurde es bald klar, daß sie abgehängt sei und an eine eheliche
Verbindung mit ihrem einseitigen Geliebten nicht mehr denken könne.
Dabei scheint sie die Verzweiflung gepackt zu haben. Am 29. April
hatte sie sich einen Revolver gekauft und die mit fünf scharfen
Patronen geladene Wadewaffe zu sich gesteckt, als sie am 1. Mai
in die Wohnung des Reichenstein ging, um eine letzte Aussprache mit
diesem zu haben. Was dort im Zimmer vorgegangen ist, wissen
nur die beiden, denn sie hatten diese Unterredung unter vier
Augen und erst der Knall eines Schusses hatte andere Personen
herbeigelockt. Fest steht, daß aus dem Revolver, den die
Angeklagte in der Hand gehalten, ein Schuß losgegangen
und die Kugel dicht am Ohr des Reichenstein vorbeisagte; weil
auseinandergerathen sind nur die Schilberungen, welche die beiden Be-
theiligten von den Vorgängen geben. A. hat bisher stets die Sache so
dargestellt, daß das Mädchen plötzlich den Revolver gezogen und
auf seine Brust gerichtet gehalten habe. Nach seiner Darstellung
hat er dann sein Seitengewehr ergriffen und damit auf die Hände
der Angeklagten geschlagen, um ihr die Wadewaffe zu entreiben,
beim dritten Schlage aber habe die Angeklagte geschossen. Marie
Gerdes hat bisher eine hiervon abweichende Schilderung gegeben. Sie
hat stets behauptet, daß sie allerdings den Revolver in der Hand gehabt
und ihn mit dem unbestimmten Gefühl, daß sie schießen müsse, zu sich

gesteckt habe. Nun will sie aber keineswegs geschossen haben, be-
hauptet vielmehr, daß, als Reichenstein mit dem Säbel auf sie
eindrang und sie schlagend immer weiter zurückdrängte, der Schuß
ohne ihr Zutun losgegangen sei. Aufgabe der Geschwornen
wird es sein, an der Hand der Beweisaufnahme zu ent-
scheiden, welche Darstellung den größeren Anspruch auf
Wahrscheinlichkeit hat. Der Belastungszeuge A. ist ohne
Verletzung davon gekommen, dagegen hat die Angeklagte
von dem traurigen Felde verschiedene Hiebwunden er-
litten, an denen sie etwa 14 Tage lang in der Charitee behandelt
werden mußte, ehe sie in das Untersuchungsgefängnis übergeführt
werden konnte. Der Angeklagten hat von Anfang an Rechtsanwalt
Paul Jona als Verteidiger zur Seite gestanden; ihm hat sich
für die Hauptverhandlung noch Rechtsanwalt Dr. Sello hinzu-
gestellt. Die Zahl der zu vernehmenden Zeugen ist nur eine geringe,
trotzdem wird die Verhandlung, bei denen die Öffentlichkeit nur
stellenweise ausgeschlossen werden dürfte, reich an psychologischen
Momenten sein.

Ein Dämpfer für alle eifrige Sicherheitsbeamte. Zu
lehrreichen Erörterungen über das Recht der Schulleute,
Personen zur Wache zu sühren, führte eine Anklage wegen
Widerstandes, die gestern vor der dritten Strafkammer des Land-
gerichts I gegen eine Frau Schwedt verhandelt wurde. Die mit
den Sittenvorschriften schon mehrfach in Konflikt gerathene Angeklagte
wohnte bei ihrer Mutter, einer bisher unbescholtenen Person, bei welcher
auch zwei Töchter wohnten, erschienen Schulleute in der Wohnung,
die eine sittenpolizeiliche Recherche abgukanten hatten und ver-
langten, daß die Mädchen sich anziehen und nach der
Polizei folgen sollten. In den darob entzündenden Streit
mischte sich die Angeklagte mit Redensarten, indem sie
den Mädchen klar zu machen suchte, daß sie dieser An-
forderung nicht nachzukommen brauchen, da sie bei einer un-
bescholtenen Frau wohnen und gemeinet seien. Die Beamten be-
trachteten diese mündliche Intervention als eine Säkulation ihres
Amtes, wollten nunmehr die Angeklagte zur Wache sühren, mußten
dabei aber erst Gewalt anwenden, da die Angeklagte
sich an einer Bettstelle festhielt. Sie wurde dieserhalb
vom Schöffengericht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt
zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. In der Berufungsinstanz
beantragte Rechtsanwalt Dr. Jura die Freisprechung der An-
geklagten, da die Schulleute gar kein Recht gehabt hätten, die An-
geklagte zur Wache zu sühren. Diese habe keineswegs die An-
kündigungen der Schulleute „gehört“, sondern ihre durchaus
zutreffende Rechtsauffassung zum besten gegeben. Der Staats-
anwalt wollte das Recht der Schulleute aus § 162 (Str.-P.-O.)
und § 6 des Gesetzes über die Befugnisse der Polizei vom
12. Februar 1850 herleiten. Der Gerichtshof erkannte aber auf re i
s p r e c h u n g und der Gerichtspräsident verurteilte den Schulleuten,
daß sie in solchem Falle kein Recht haben, eine Person zur Wache zu
sühren. § 162 St.-P.-O. gebe zwar bei Anklagen an Ort und
Stelle den leitenden Personen das Recht, Personen, welche die amt-
liche Thätigkeit vorzüglich stören, festzunehmen, dieser § 162 beziehe
sich aber nur auf str a f r e c h t l i c h e Recherchen, nicht aber auf solche
sittenpolizeiliche Handlungen. Der § 6 des Gesetzes vom 12. Februar
1850 gestatte solche Säkulation nur, wenn sie zur Aufrechterhaltung
der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung bringen er-
forderlich sei. Dies sei hier keineswegs der Fall. Die Angeklagte
habe nur durch Worte eingegriffen und da in der Wohnung noch
mehrere andere Räume vorhanden gewesen, in denen die Angeklagte
hätte vorübergehend festgehalten werden können, hätten die Schulleute
zu ihrer Säkulation zur Wache kein Recht gehabt.

Depechen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 24. September. (B. G.) Die „Frankfurter
Zeitung“ meldet: Bei dem gestern Abend 8 Uhr die Station
Niederhausen postfremden Güterzug Frankfurt-Limburg wurde vor
der Wasserscheide zwischen Niederhausen und Idstein plötzlich die
Maschine schadhast, so daß der Zug mit einer herbeigezogenen Ersatz-
maschine nach Niederhausen zurückbefördert werden mußte. Die
Strecke ist dort eingeleigt, und der Verkehr erlitt infolge dessen einige
Verpätungen.

Köln, 24. September. (B. G.) Zur Marine-Vorlage schreibt
die „K.“: Wie aus Bundesratskreisen verlautet, wird die
Flottenvorlage sich in mäßigen Grenzen halten. Der Plan soll sich
bis zum Jahre 1905 erstrecken und im Durchschnitt nicht
wesentlich über die diesjährigen Forderungen hinausgehen. Aus
marinetechnischem Grunde wird die Forderung im ersten Jahre
50 Millionen nicht übersteigen und im folgenden Jahre sich in Höhe
von etwas mehr als 60 Millionen bewegen. Hierzu würde alsdann
noch als dauernde Ausgabe für Personalvermehrung etwa eine
Million treten.

Ruhrort, 24. September. (Frankf. Ztg.) Bei einem Wasser-
stau von 4,65 Metern ist das Geleise des Nordhafens abermals
überfluthet. Das Wasser steigt, jedoch nur langsam, so daß eine
größere Verkehrsförderung nicht zu befürchten ist.

Wien, 24. September. (B. G.) Ministerpräsident Graf Badeni
verständigte die Klub-Obmänner der Rechten davon, daß es der
Wunsch der Regierung sei, in einer Konferenz des gesammten
Gesetzkomitees der Majoritätsparteien die Wünsche und Anliegen
derselben entgegenzunehmen.

Wien, 24. September. (B. Z. B.) Abgeordnetenhaus. (Fort-
setzung aus der „Politischen Uebersicht“.) Nachdem noch mehrere
Redner die Dringlichkeit der vorliegenden Nothstands-Vorlagen be-
schränkt hatten, beramnt der Präsident die nächste Sitzung für
morgen Abend behufs Bernahme der Wahlen in die Delegationen
an, worüber sich eine längere erregte Debatte entspannt. Abg.
Wolf (Schönerer-Gruppe) beantragt, keine Delegationswahl
vorzunehmen, solange das Quoten-Verhältnis nicht geregelt sei.
Abg. Prade (deutsch-völkisch), Abg. Bergelt (deutsch-fortschrittlich)
und Abg. Pataki (christlich-sozial) unterstützen diesen Antrag. Auch
Abg. Dajinsky (Soz.) beschränkt denselben, indem er auf das
Gericht hinweist, die Regierung beabsichtige, nach der Delegations-
wahl den Reichsrath einzulösen. Die Sitzung nimmt einen
heftigen Charakter an, als der Präsident den Antrag des Abg.
Wolf auf eine Pause von 10 Minuten vor der Abstimmung als
unzulässig bezeichnet und dem Abgeordneten Wolf das Wort entzieht.
Dieser spricht weiter und apostrophirt u. a. die Majorität in hoh-
nischen Weise, was seitens dieser mit stürmischen Rufen „Hinaus“
beantwortet wird. Der Antrag des Präsidenten bezüglich der Tages-
ordnung wird in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 110 Stimmen
angenommen. Der Sozialdemokrat Berner, welcher theils geschäfer,
theils in deutscher Sprache redet, stellt und begründet hierauf einen
Antrag dahingehend, die Sitzung möge morgen Vormittag mit
einer anderen Tagesordnung abgehalten werden, was Abgeordneten
Dajinsky, der sich erst der polnischen, dann der deutschen und
dann abermals der polnischen Sprache bedient, unterstützt. Während
dieser Rede entleert großer Lärm. Der Präsident erklärt jede weitere
Verhandlung für unmöglich und schließt die Sitzung mit der Mit-
theilung, daß er die Tagesordnung der nächsten Sitzung schriftlich
bekannt geben werde.

Ugram, 24. September. (B. Z. B.) Die Untersuchungs-
kommission nahm infolge der Urtheile, bei welchen Landesgen-
darm-Direktor Soljanovic, Bezirksvorstand Projovic und der
Geometer Djakovic erschlagen und die Leichen derselben ver-
stümmelt wurden, bisher 30 Verhaftungen vor. In mehreren Bezirken
wurde das Standrecht publiziert.

Vern, 24. September. (B. G.) Der Antrag, daß die Regierung
anstatt von dem Großen Rath von der Bevölkerung zu wählen sei,
wurde vom Großen Rath des Kantons Vern mit 64 gegen
48 Stimmen abgelehnt.

Waisand, 24. September. (B. G.) Der Stadtpolizei-Inspektor
von Novara hat sich erschossen, weil er bei den Unterleuten in
der Stadtasse, welche eine Million Lire betragen, betheiligt ist. Es
steht die unmittelbare Auflösung des Gemeinderaths bevor, sowie
die Einsetzung eines königlichen Kommissars.

Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

In einem der kleineren Säle des weltberühmten Bürgerlich in Köln am Rhein begann am 23. d. Mts. der Verein für Sozialpolitik seine diesjährige Generalversammlung, die zugleich eine Jubiläumsversammlung ist, denn vor 25 Jahren ist der Verein begründet worden. Von den damaligen Teilnehmern waren nur noch wenige nach Köln gekommen, das jugendliche Element überwiegt fast in dieser Jubiläumsversammlung. Und wie stets bilden die überwiegende Mehrzahl auch auf dieser Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik die Professoren, Vereingeliste Ausländer sind auch anwesend. Der frühere nationalliberale Landtags-Abgeordnete Sombart, der Vater des Professors Werner Sombart, beantragte als ältestes Mitglied des Vereins, auch diesmal Schmoller das Präsidium zu übertragen.

In seiner Eröffnungsrede führte Schmoller aus: Wir waren stets eine kleine Gruppe von Männern. Wir haben nie eine parlamentarische Partei gründen wollen, wir sind nie in den ausschließlichen Dienst einer sozialen Klasse getreten, deshalb konnten wir nie die Massen um uns sammeln. Wir wollten nur durch unsere Reden und Schriften die Erkenntnis der sozialen Dinge in allen Klassen, in alle Parteien in umfangreichem Maße hineinbringen. Wir haben nie die Volkswirtschaft von Grund aus umgestalten wollen, wir wollten immer auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben, nur mit der Leuchte der Wissenschaft vorangehen und im Kampf des Tages, der Interessen und der Leidenschaften der Stimme der Billigkeit und der Vernunft Gehör verschaffen. Ein Urteil darüber abzugeben, was wir erreicht haben, ist nicht meine Sache. Es ist bekannt, daß man uns von rechts und von links angreift, daß man uns von rechts immer zuerst, wie sein unpraktische Doktrinaire. In den Angriffen liegt aber das Zeugnis, daß wir etwas bedeuten und bedeuten haben. Die Sozialdemokratie sagt immer, ihre Tätigkeit und nicht die unsere habe den Stein der Sozialreform ins Rollen gebracht. Das ist wahr, die Sozialdemokratie stellt eine Macht dar, sie vertritt große Klasseninteressen. Das haben wir nie gewollt und getan, deshalb ist unsere Tätigkeit eine andere; so wie die Sozialdemokratie konnten und wollten wir niemals wirken. Die großen Unternehmer haben uns immer vorgeworfen, wir seien zu arbeiterfreundlich. Ja, arbeiterfreundlich sind wir gewesen, sind wir noch und wollen es bleiben, insofern als die Hebung der unteren Klassen eine Lebensfrage der Gesellschaft ist, als die soziale Lust in gesichertem Einkommen und als die größte Gefahr der Gegenwart erscheint. Deshalb sind wir nicht unternehmerfeindlich, wir haben die Verdienste der Unternehmer immer anerkannt und haben immer betont, daß sie als Offiziere in der Armee des Volkes um das Vaterland sich verdient gemacht haben. Wenn heute in Deutschland eine andere soziale Ideenwelt herrscht, als in den 60er Jahren, wenn unsere große Arbeiterklasse-Gesetzgebung wenigstens in den großen Grundlinien von allen Seiten anerkannt wird, so will ich nicht behaupten, es sei dies das Ergebnis der Tätigkeit unseres Vereins, es ist aber doch sicher, daß die meisten Fäden der Arbeiten in unserem Verein zusammenlaufen. Wenn man sagt, in den letzten Jahren sei ein wahrer Feldzug gegen uns entfallen, und wenn dieser Feldzug gehässig und mehr von Mißverständnissen begleitet war, als in den Jahren 1872—1875, so möchte ich sagen, dieser neue Feldzug beruht zum Teil auf Mißverständnissen, zum Teil in der Natur der Sache. Die übertriebene Furcht vor der Sozialdemokratie hat gewisse Kreise veranlaßt, nach einem Schändigen zu fahnden, den man ungestraft haben könne. Da wir über uns außerhalb der sozialen Interessen gleichsam als ehrliche Wächter arbeiten, so ist es begreiflich, daß in gewissen Zeiten gegen uns geweltet wird; denn wir schmeicheln beiden Seiten nicht, wir müssen beiden Seiten manchmal gewisse nicht angenehme Dinge sagen. Im Verein für Sozialpolitik besteht heute keine größere Verschiedenheit zwischen den Mitgliedern als 1872. Wenn wir trotzdem in den letzten 25 Jahren den fernstehenden als ein schwankendes Bild erschienen, so kommt das von den Bräuten, welche wechselnde Parteien und Regierungen dem Publikum ansehn. Der Nachschlag, der seit 1894 und 1895 eintrat, kann schwer schon heute beurteilt werden. Ich lasse dahingestellt, ob es eine innere Veränderung der ganzen Politik oder bloß eine Veränderung der Taktik ist. In der Zeit vor 1894 und 1895 ist der Verein für Sozialpolitik, ist der Katheder-Sozialismus von der Regierung, von einem Teil der Unternehmerpresse geschont worden. Anders heute. Wir Katheder-Sozialisten wurden zu Leuten, denen man Strafprofessoren zur Seite stellen mußte. (Heiterkeit.) Ich will hinzufügen, daß von der national-liberalen Partei nur ein Teil die Schwelungen gegen uns mitgemacht hat, auch die Konservativen nicht so wie die Freikonservativen. Diesen gebührt der Ruhm, sich um ihre Nase gedreht zu haben (Heiterkeit), während sie früher ganz auf unserer Seite standen. Es sei fern von mir, den Teil der Presse, der sich gegen uns gewandt hat, verurteilen zu wollen. Jeder treibt Politik, wie er es versteht. (Heiterkeit.) Der große soziale Kampf der Gegenwart entspringt dem ungeheuren Umschwung in moderner Technik, in moderner Bildung. Der politische Einfluß, das wirtschaftliche Einkommen der verschiedenen Klassen mußten notwendig anders werden wie früher, die ganze Gesellschaft mußte sich umformen, der Mittelstand erschüttert werden. Die unteren Klassen erhielten vielfach eine andere Stellung. Zuerst herabgedrückt, hat jetzt die Elite der Arbeiter mehr Ansehen, Einkommen und Einkommen. Alle eblen und guten Menschen hoffen mit recht, daß die neuen Institutionen, die dadurch kommen müssen, besser seien. Mitten in diesem Kampfe stehen wir. Für uns ist die Voraussetzung dazu, daß nicht einseitige Klasseninteressen die Leitung in Staat und Gesellschaft an sich reißen, wir müssen eine billige und gerechte Ausgleichung aller Interessen herbeiführen. Wenn man sich versteht, kann aus Verständnis wieder Verständigung erwachsen. Unsere Interessenkämpfe sind in den letzten 20 Jahren ungewisselhaft stärker, realistischer, man könnte sagen, brutaler geworden. Es haben sich gewisse demagogische Ränke ausgebildet und wir können nicht sagen, daß dies allein bei den Sozialdemokraten geschehen ist. Unsere Aufgabe ist die Hochhaltung unserer großen nationalen Institutionen und das Gefühl der Verpflichtung, der Gerechtigkeit der höheren Klassen gegenüber den weniger Begünstigten.

Darauf begrüßte Oberbürgermeister Becker die Versammlung zu dem des Ortsausschusses und namens der Stadt Köln. Nach den Begrüßungsreden ergreift Professor Bücher Leipzig das Wort zu seinem Referate über die Handwerkerfrage. Nach einigen Hinweis auf die neueste speziell auch durch den Verein für Sozialpolitik geförderte Literatur über die Handwerkerfrage bezeichnet er es als seine Aufgabe, in großen Zügen die gewaltigen Veränderungen, darzustellen, die das Handwerk durchgemacht habe. Was leistete das Handwerk vor hundert Jahren, als es noch die ganze gewerbliche Produktion in Händen hatte, und was heute? Vor hundert Jahren gab es wohl eine beschränkte Zahl von Manufakturen und Fabriken, aber was diese herstellten, produzierten die Handwerker nicht. Es bestanden von alters her in den Städten die Zünfte, ihre Satzungen blieben bestehen und wurden vom Staat als das kleine Handwerk auf das Land ausgedehnt. Der Ansicht, als ob damals für die Handwerker eine goldene Zeit bestanden habe, steht Redner entgegen, daß er bei seinen Untersuchungen im 17. und 18. Jahrhundert nichts habe finden können, was diese Ansicht zu rechtfertigen geeignet wäre, und wies dies aus dem Altematerial über die Leipziger Handwerker und die damaligen Verhältnisse der dortigen Fleischer, Bäcker u. s. w. nach. Beispielsweise hätten die zehn vorhandenen Bäcker nur zweimal die Woche gebacken, das sehe nicht nach Wohlhabenheit an. Auch damals habe es eine große Zahl von Kleinwerkern gegeben. Das einzige, was die dar-

maligen Verhältnisse anzeigende, war die verhältnismäßig große Sicherheit, nicht von der Konkurrenz aus dem Broterwerb herausgedrängt zu werden, und der Schutz gegen Verarmung. Sonst war der Handwerker auch damals in ziemlich bedrängter Lage. Man wehrte sich gegen die Konkurrenz eines neuen Meisters, es herrschte allseitig Handwerksneid und machte den Verichten und Verwaltungen, behörden zeitweilig viel zu schaffen. — Nun kam die Gewerbfreiheit! Es leuchte ein, sagte der Redner, daß sie die Großproduktion begünstigt habe, aber daß die ganze von da ausgehende Entwicklung sich in deren Schlagworte Vernichtung des Handwerks durch die Fabrik erschöpfe, daran glaubt Redner nicht. Nach seiner Ansicht sei es nicht sowohl die Ueberlegenheit der Fabrikationstechnik, die dem Handwerk verderblich wird, sondern die Konzentration des Bedarfs: die großen Städte, das Meer, die Transportverhältnisse u. dergl. bilden Mittelpunkte eines massenhaften Bedarfs, den das Handwerk nicht befriedigen kann. Sodann stellt die Entwicklung der Technik so gewaltige Aufgaben, daß auch hierfür die kleinen Mittel des Handwerks nicht ausreichen; riesige Brücken, Schnellpressen, Lokomotiven, Dampfkräne müssen ohne Zeitverlust, der einen Jährerlauf mit sich brachte, hergestellt werden. Früher konnte man an einem Dom ein paar Jahrhunderte bauen; man denke, wenn man so heute einen Bahnhof bauen wollte. Redner wies darauf hin, daß auch der Bedarf gleichartiger geworden sei, ferner, daß man Auswahl haben wolle, und so an die Magazine gewiesen sei, daß der unmittelbare Verkehr mit dem Handwerker, den man früher ins Haus bestellt habe, schwinde. Solcher zentralisiert auftretende Bedarf könne nicht durch das Handwerk befriedigt werden. Redner unterschied fünf verschiedene Entwicklungsvorgänge in der Umgestaltung des Handwerks: 1. die allgemeine Verdrängung des Handwerks, 2. Schmälerung der Produktion des Handwerks, 3. Angliederung des Handwerks an die Großunternehmen, 4. Verarmung des Handwerks durch die Bedarfsveränderung, 5. Herabdrückung durch die Magazine. Redner hob hervor, daß die Fälle, wo die Großbetriebe das Handwerk auf der ganzen Front angriffen, wie bei den Webern, Uhrmachern, Strumpfwirkern, Schuhmachern und dergleichen seltener seien. Der Verdrängungsprozeß gehe bald mehr, bald weniger rasch vor sich; schnell da, wo schon früher eine gewisse Konzentration bestanden habe, wie bei der Schuhfabrikation. Eine Konzentration ergebe sich, je nachdem bei einem Artikel Reparaturunfähigkeit sei oder nicht. Aber reine handwerksmäßige Reparaturbetriebe haben in den Städten große Schwierigkeit, da das Publikum da reparieren lasse, wo es laufe. Als Schmälerung des Handwerks — gewissermaßen als allmähliche „Blutentziehung“ bezeichnete Redner es, daß ein Teil der Handwerker in die Fabrikbetriebe eingereiht werde, fand, daß einzelne Spezialartikel überhaupt nicht mehr von Handwerkern hergestellt würden, daß die Anfangsstadten des Betriebes den Handwerkern von den Halbfabrikate liefernden Fabriken aus der Hand genommen wurden. Letzteres werde von den Handwerkern anfangs als Erleichterung empfunden, sie verließen dadurch aber den vorteilhaften Einkauf der Rohmaterialien von den Produzenten. Die Angliederung des Handwerks an die Großunternehmen wies Redner an dem großen Bedarf der letzteren an Handwerksarbeit nach. Er erinnerte an die Post, die eigene Postkutsche hatte, und an die Reichsdruckerei, und bemerkte dazu, daß solche Einrichtungen zu sehr im Interesse einer guten Ökonomie lägen, als daß man sie ändern könnte. — Redner behandelte sodann die Verarmung des Handwerks durch Verschlebung des Bedarfs. Der Konsum mancher Handwerksartikel hat ganz aufgehört, so sind die Beräde schon früher verschwunden, neuerdings viele Erzeugnisse der Wäldereien, wie Strahnen, Lederwaren, Regenmäntel; der Drechsler kann keine Spinnräder und was damit zusammenhängt mehr produzieren, der Zinngießer keine zinnerne Geschirre. Die Veränderung des Preiswertes hat den Kürschner und Sattler geschädigt u. — Die Abhängigkeit des Handwerks vom Handel führte Redner auf zwei Gründe zurück, auf die hohen Mietpreise für Verkaufsstellen und auf das Verlangen des Publikums nach Auswahl. Nur wo Handwerksprodukte den lokalen Verhältnissen und den persönlichen Bedürfnissen angepaßt werden können, kann sich das Handwerk noch halten, aber auch da nur in kleinkapitalistischer Weise. Ganz anders liegen die Verhältnisse nach den Ausführungen des Redners auf dem Lande. Dort sei keine solche Bedarfskonzentration, dort finde sich Reparaturarbeit, und dort sei noch Handwerksboden, die ländlichen Handwerker haben ein Stück Land und ein Häuschen, sie sind gesichert. 53 Prozent aller selbständigen Handwerkermeister finden sich auf dem Lande. Von den beiden „Panaceen“ des Handwerks, die als solche auch vielfach von der Wissenschaft behandelt werden, von dem Kunstgewerbe und dem Betriebe mit kleinen Kraftmaschinen, konnte Redner nur sagen, daß das Urheil negativ ausgefallen sei. Auch von diesen Betrieben gelte, was vom Handwerk allgemein gelte. Redner kam dann zu dem allgemeinen Schluß, daß, wenn man die heutigen Verhältnisse der Handwerker in den Städten mit den früheren vergleiche, kein Grund zum Klagen vorliege. Die Handwerker würden eben theils große oder kleine Unternehmer, theils Vertikalkaufleute und Vorarbeiter in den Großbetrieben, theils qualifizierte Fabrikarbeiter. Auch die letzten beiden Klassen befänden sich materiell in besserer Lage als die Mehrzahl der alten Kleinmeister, ob sie sich aber glücklicher oder zufriedener fühlten, sei eine andere Frage. Nach dem Urtheile des Redners läßt sich der geschilderte Entwicklungsprozeß durch die Gesetzgebung nicht aufheben, wohl aber aufhalten; ob das letztere ein Glück sei, überließ er dem Urtheil der Zuhörer. Nach seiner Ansicht geht das Handwerk als Betriebsform nicht unter, aber es wird beschränkt auf das Gebiet, wo es die ihm eigenthümliche Betriebsart zur Geltung bringen kann; auf das Land.

Nachdem der Vorsitzende dem Referenten gedankt, sprach Abgeordneter Professor Dr. Hise-Münster als Korreferent zu demselben Gegenstande. Er warf die Frage auf, ob es nicht in dem von Redner geschilderten Prozeß Elemente der Beherrschung gebe und ob nicht der Entwicklungstendenz eine Grenze gesetzt werden könnte. Nach dem bekannten Standpunkte des Redners kam er zu einer Bejahung der Frage. Er wolle eine Erhaltung und Förderung des Handwerks durch die Gesetzgebung, durch Bildung von Genossenschaften und durch direkte Anerkennung seitens des Staates und der Gemeinde. Er zeigt, wie weit in diesen drei Richtungen etwas für das Handwerk geschehen sei, und zählt die weitergehenden Wünsche der Zunftgenossen nochmals eingehend auf: obligatorische Innungen und Befähigungsnachweis, weiterer Ausbau und Bevorrugung der Handwerker bei Vergabung von Arbeiten seitens des Genossenschaftswesens, Fachschulen des Staates und der Gemeinde.

Der dritte Berichterstatter, Prof. Dr. v. Philippovich, Wien, kam in einstündigem Vortrage, nach besonderer Besichtigung der österreichischen Verhältnisse, zu dem Schluß, daß er kein anderes Mittel, um dem Handwerk zu helfen, finde, als die kaufmännische und technische Bildung der Handwerker und die volle Fürsorge der staatlichen Gewalten, den Handwerker zu belehren und zu befähigen. Eine Zwangsorganisation könne nicht helfen. Professor Bücher hat gesagt, und ich wiederhole es auf Grund der Erfahrungen in Oesterreich: der Feind des Handwerks ist die kapitalistische Organisation, ist der Verlag. Dazu kommt der Mangel an technischer kaufmännischer Bildung, der Mangel an Anpassungskraft. In diesem Jahre wurde in Oesterreich der Versuch gemacht, durch Behring's-Engnate festzustellen, ob die Genossenschaften, die seit 15 Jahren bestehen, etwas Nützliches geschaffen haben. Es wurde dazu eine größere Anzahl Lehrlinge vernommen, Schneider, Hutmacher, Pofamentierer u. s. w. Man hat

im großen und ganzen feststellen müssen, daß die Vorschriften nicht eingehalten werden. Es wird mit Behring'sfreilehringen eingehalten und der Meister erhält auf dem Umwege, daß ein Probejahr eingeschaltet wird, auf längere Zeit eine billige und gute Arbeitskraft. Es wurde festgestellt, daß die Ausbildung der Lehrlinge in den meisten Gewerben verhindert wird, nicht durch die Schuld des Meisters, die Schuld liegt in der Entwicklung, die das Handwerk genommen hat durch die Spezialisierung, durch die Ausdehnung, die getroffen werden mußte, um dem Wettbewerb der Großindustrie zu begegnen. Lehrlinge werden nur in Spezialbetrieben verwandt, so daß sie freigesprochen thätiglich gar nichts gelernt haben. So lernte ein Gesellenlehrling nur Kaffeemühlen machen und mußte dann immer warten, bis eine Stelle bei einem Kaffeemühlenschlosser frei wurde. Bei den Lehrlingen aus dem Schuhmachergewerbe lernte kein einziger vollständig einen Schuh zu machen. Die Behring'sausbildung ganz den Genossenschaften zu übertragen, wie es in Oesterreich der Fall ist, scheint mir nicht richtig zu sein. Es wird dadurch zu sehr das Interesse der Handwerksmeister selbst gefördert, sich eine billige Kraft heranzuziehen. Der Zwang hat auch hier keine Früchte gebracht. In ganz Süd-Tirol bestehen Genossenschaften heute noch nicht, und auch die Verwaltung ist nicht im stande, ihre Organisation zu erzwingen, und wo die Genossenschaften bestehen, wirken sie nicht. Von den 5317 Genossenschaften in Oesterreich haben 60 pCt. die vorgeschriebenen Gehilfenauschüsse noch nicht eingerichtet. Der Erfolg der Genossenschaftsorganisation in Oesterreich ist gleich Null. Die Entwicklung der Dinge geht in der Richtung vor sich, wie Professor Bücher sie geschildert hat, und diese Entwicklung wird durch Zwangsorganisationen und Befähigungsnachweis nicht aufgehalten. Professor Hise hat sich auf den Weg des Kompromisses begeben und würde mit seinem Programm bei uns in Oesterreich als ein Erz-liberaler bezeichnet werden.

Die eingehende Diskussion über die Referate eröffnete Hr. Grandka-Berlin, er empfiehlt genossenschaftliche Selbsthilfe und städtische Verkaufsstellen. Dr. Hainisch-Wien rühmt die gute Lage des österreichischen Landhandwerks, das sich durch sichere Kundschaft in Kreditgewährung über Wasser hält, aber auch nicht auf ewig. Die Erzeugnisse der großen Industrien werden auch das Landhandwerk verdrängen. Der Anwalt der Schulze-Wechselschen Genossenschaften Dr. Eräger-Berlin empfiehlt selbstverständlich diese. Dr. Paul Voigt fordert Mittel gegen die das Handwerk untergrabende Behring'slehrlinge. Dr. Sombart-Magdeburg verlangt als Voraussetzung einer guten Fachbildung Verbesserung der Volksschule, den gleichen Standpunkt nimmt Professor Fuchs-Freiburg i. B. ein.

Dr. Max Hirsch-Berlin redet den freien Berufsvereinen das Wort und belämpft namentlich die Innungs-Schiedsgerichte als schädlich für die Arbeitnehmer.

Dr. A. Voigt-Frankfurt a. M. kann die pessimistische Ansicht über die hoffnungslose Lage des Handwerks nicht theilen.

Direktor Mittelhäuser-Wien beklagt, daß die Meister auf Kosten der Gesellen sich über Wasser halten wollten. Die Schutzbestimmungen für die Fabrikarbeiter sollte man deshalb auch auf die Handwerks-Gesellen ausdehnen.

Prof. Dr. Vierstorff-Jena bestritt den Nutzen der Magazins-Genossenschaften, erblickt in den Innungen — ob frei oder obligatorisch — kein Mittel zur Rettung des Handwerks. Die Innungen sind nur andere Organisationen und können nicht das Uebel an der Wurzel treffen.

Es erhalten nunmehr die drei Berichterstatter das Schlusswort. Dr. Philippovich-Wien: Ich muß daran festhalten, daß Zwangs-Innungen nicht das eigentliche Mittel sind zur Hebung des Handwerks. Es wurde von einem Herrn darauf hingewiesen, daß das doch nicht so sein könne, weil die österreichischen Zwangs-Innungen doch Bestimmungen getroffen hätten, die das Verhältnis der Zahl der Gesellen und Lehrlinge regelte. Man nimmt dann einfach eben nicht Lehrlinge, sondern Hilfsarbeiter, Mädchen u. s. w.

Dr. Hise erklärt, daß er die Ausdehnung des Befähigungsnachweises in Oesterreich auf eine engherzige Begrenzung des Handwerks verwerfe. Es ist gesagt worden, es sei nicht richtige Sozialpolitik, wenn man das Handwerk von der Arbeiterschutz-Gesetzgebung ausschließe. Ich habe aber nur gesagt, es wäre frivole Sozialpolitik, wenn wir das Handwerk auf Kosten der Fabrik-Gesetzgebung verkaufen wollten. Ich meine, wir überlassen es der praktischen Entwicklung, wie die einzelnen Hoffnungen sich verwirklichen.

Dr. Bücher: Ich kann mit großer Befriedigung feststellen, daß die heutige Verathung das geleistet hat, was sie leisten konnte. Aus den Ausführungen haben Sie heute vernommen, daß man nicht bloß in weiten Volkstreffen, sondern auch in den Kreisen von Politikern nicht weiß, wie die Dinge sind. Ich möchte eigentlich Professor Hise von meinen Erfahrungen aus zurufen: Man kann eine laube Nase ver-golden, man kann sie auch an den Christbaum hängen, aber esbar wird sie nicht. Ich meine, dasselbe gilt von dem ganzen neuen Innungs-apparat und von dem ganzen neuen Gesetz, das ein ganzes Wändchen füllt, das ich mit Wehmuth auf dem Wege hierher zu genießen versucht habe. Bei den Ausführungen über das Innungswesen habe ich mich oft gefragt, ob ich in den letzten 25 Jahren geschlafen habe und nur die anderen wach gewesen sind. Nach meinen Erfahrungen sind es große Städte, in denen die Innungsbewegung sich erhalten hat, und sie wird erhalten von Innungsvorständen und vom Innungsjournalismus, der sich ähnlich herausgebildet hat wie der sozialdemokratische Journalismus. Das System der Behring's- und Gesellenprüfung, das uns hier entwickelt worden ist und worin der Meistertitel mit dem Dokortitel in merkwürdiger Weise in Parallele gestellt wurde, ließ die Zukunft nicht in alleroffenstem Lichte erscheinen. Welchem Mandarinentum segeln wir am Ende des 19. Jahrhunderts entgegen? (Große Heiterkeit.) Der Redner empfiehlt die freien Fach- und Berufsorganisationen. Jedenfalls dürfen wir nicht vergessen, daß, während die übrigen dem Handwerk benachbarten Klassen in Wohlhabenheit und Entwicklung in diesem Jahrhundert vorangeschritten sind, das Handwerk stehen geblieben ist. (Beifall.)

Dr. Schmoller: Der Held des Tages ist Professor Bücher. Dank vor allem müssen wir ihm sagen, daß er den heutigen Tag durch die Erquete möglich gemacht hat. Aber das möchte ich Bücher nicht zugeben, daß das, was seine Anschauungen sind, geschweiger durchschlagend sind. Man kann sehr sachkundig und urtheilsfähig sein, und doch die Innungen nicht so benehmen wie er. Ich urtheile etwas weniger pessimistisch über die ganze Entwicklung und ich verurtheile das neue Gesetz, so wenig ich von ihm erwarte, nicht in dem Maße, weil ich glaube, daß es ein Versuch ist, der gemacht werden kann. Ich darf mit ausdrücklichem Danke an Professor Bücher schließen. Er hat durch die neun Vände, die er uns geschaffen, etwas getan, was bis dahin kein Mitglied des Vereins für Sozialpolitik geleistet hat. Damit war die Verathung der Handwerkerfrage beendet. In der zweiten Sitzung wird der ländliche Personalkredit behandelt.

Kommunales.

Der Magistrat hat den Vorschlag des Sparkassen-Kuratoriums genehmigt, daß zur Verhütung allzu großen Andranges in der Zeit von 1. bis 8. Oktober d. Einzablungen bei der Sparkasse am Maßelndamm nur in der Zeit von 8—11 Uhr vormittags anzunehmen seien, während die Auszahlungen während der ganzen Dauer der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags erfolgen sollen. Diese Maßnahme soll dem Publikum vermittelt der Anschlagstafeln mit dem Hinweis bekannt gegeben werden, daß die Einzablungen in die über die ganze Stadt in der Zahl von gegen 100 verbreiteten Annahmestellen bewirkt werden können.

anzutreten. So wurden etwa 100 Personen zum Polizeirevier und von da nach dem Alexanderplatz gebracht. Unter den Strikern befanden sich 2 rechtlich gesuchte Personen, weitere zehn Männer wurden wegen „Arbeitslosen“ der Landespolizei überwiesen.

Unfälle im Straßenverkehr. Gestern Nachmittag lief die dreijährige Tochter des Weinhändlers Gebhard vor dem Hause Landbergerstr. 60/61 gegen eine Droschke, geriet unter die Räder und erlitt eine erhebliche Quetschung beider Unterschenkel. — Die Schönweilchensfrau Wilhelmine Zimmer war in der Schweinmörderstraße von dem Zweiradfahrer Richard Bademann angefahren und umgestoßen. Hierbei erlitt sie Hautabschürfungen am linken Ellenbogen und an beiden Knien. Die Schuld an dem Unfall trifft den Radfahrer, der übermäßig schnell und ohne zu klingeln die Straße entlang fuhr. An der Ecke der Kommandanten- und Alten Jakobstraße wurde nachmittags die Zeitungsausbringerin Marie Zimmer, geb. Böhm, durch einen Möbelwagen überfahren und innerlich sowie an beiden Armen verletzt.

Am sein Mittagessen ist ein Fabrikarbeiter durch ein ebenso plumpe wie dreistes Schwindelmanöver gekommen. Ein etwa neun-jähriges Mädchen kam um die Mittagzeit die Invalidenstraße entlang spaziert, um seinem Vater das Mittagessen nach der Fabrik zu tragen. Da trat eine fremde Frau an den Knaben heran und bat denselben, ihr doch eine Beförderung in einem näherbezeichneten Hause zu machen. Die Fremde gab dem Knaben zur Beförderung ein blaues 5 Pfennigstück und erbat sich überdies noch, den Korb so lange in Verwahrung zu nehmen, bis der Kleine wieder zurückgekehrt sein würde. Dieser ging auf das Anerbieten ein, übergab der fremden Frau den Korb mit dem Mittagessen für seinen Vater und kletterte die Treppen des bezeichneten Hauses hinauf, um den ihm gewordenen Auftrag auszuführen, aber unverrichteter Sache wieder zurückzukehren, denn das ganze war nichts als ein dreister plumper Schwindel. Der Kleine fand die fremde Frau nicht mehr vor, und mit ihr zugleich war auch der neue Korb mit Inhalt auf Nummerwiedersich verschwinden.

In der Narose gestorben ist Donnerstag Vormittag die 28 Jahre alte Frau des Ruffers W. Köppen, Emilie, geb. Ruhke, aus der Koloniestr. 187. Frau Köppen litt seit ihrer Kindheit am Unterleib und hatte vor einigen Jahren eine Fehlgeburt. Am vergangenen Sonntag wurde sie so krank, daß sie sich zu Bett legen mußte. Am Donnerstag Vormittag wollte der Arzt Dr. Appellstadt aus der Badstraße, der am Montag zugezogen worden war, eine Operation vornehmen. Die Kranke wünschte Chloroform zu werden, da sie sonst die Operation nicht anhalten könne, und auch ihre Mutter, Frau Ruhke, erklärte sich damit einverstanden. Frau Köppen hatte bereits das Bewußtsein verloren gehabt, atmete aber bei einem ärztlichen Eingriffe wieder auf und richtete sich. Dr. A. gab ihr daher noch zwei Tropfen nach. Plötzlich schlug die Kranke die Augen auf, ihre Brust hob sich und man sah, daß eine Blutwelle ihr ins Gesicht stieg. Unmittelbar darauf war Frau Köppen tot. Alle Wiederbelebungsversuche des Dr. A. und des von ihm jetzt zugezogenen zweiten Arztes, Dr. Kaufmann, blieben erfolglos. Die Ärzte glauben, daß die Kranke einem Herzschlage erlegen sei.

Zu der Armutstragödie in der Pappel-Allee. Der Vater der Frau Emma F e i n g e, welche vorgehen angeht des Stodes ihrer Familie freiwillig aus dem Leben schied, theilt uns zu unserer geistigen Noth ergänzend mit, daß seine Tochter wohl in ärztlichen Verhältnissen gelebt hat, aber keineswegs habe die Wohnung den Eindruck der Unordnung oder des Schmutzes gemacht, wie etwa aus der ersten Mitteilung angenommen werden könnte. Trotz der bittersten Noth und Sorge hielt die Tochter auf Ordnung und Sauberkeit.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des drei Wochen alten Kindes Gertrud Hartwig, das an Entzündung gestorben zu sein scheint. Das Kind, dessen Mutter Dienstmädchen war und jetzt Amme ist, war bei der Arbeiterfrau F. in der Frankfurter Allee in Pflege. Es litt seit einiger Zeit, angeblich infolge falscher Behandlung durch die Mutter, an Erbrechen. Gestern Morgen gegen 8 Uhr fand Frau F. das Kind wieder in einem Beschlagnahme in Bett liegen, und bald darauf war es tot. Ein Arzt, der nun gerufen wurde, konnte die Todesursache nicht bestimmen feststellen, glaubte aber, daß es erstickt sei.

Die Wiederkehr des Rikns Wusch steht nahe bevor: bereits am Donnerstag, den 7. Oktober, findet in dem obigen ungebauten, neu und glänzend ausgestatteten Zirkus die Eröffnungsvorstellung statt.

Herr Dr. M. Wilhelm Meyer von der Urania theilt mit, daß er seine Entlassung hauptsächlich genommen habe, weil man gegen seinen Willen die dekorativen Vorträge, die von ihm eingeführt seien, zu befehlen trachte. Herr Dr. Meyer will seine Sache noch weiter in der Generalversammlung der Urania vertreten. Wir nehmen hiermit von der Zukunft des bisherigen Herrn Direktors Notiz, um nicht den Vorwurf auf uns zu laden, daß wir eine berechtigende Mitteilung unterdrückt. Was den Vorfall an sich betrifft, so will uns scheinen, daß die Besenlichkeit vor der Hand kein besonderes Interesse verspürt, sich mit den inneren Vorgängen in der Leitung der Urania abzugeben. Es kann dem Institut auch nur zum Schaden gereichen, wenn die entstandenen Zwischigkeiten in einem Zeitungskriege ausgefochten werden.

Aus den Nachbarorten.

Steglich. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der nächste Besen- und Diskutierabend am Dienstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Friedenau bei Weiner, Münnebergstraße, stattfindet. Um recht zahlreiche Theilnahme bittet Der Vorstand.

Die Unterhaltung der Wegschilde im Grünwald nach dem Touristenklub für die Mark Brandenburg fortgesetzt Arbeit und manchen Verdruß. Alle vier Wochen muß eine Revision der hunderte von Schildern vorgenommen werden, da es leider schon wiederholt vorgekommen ist, daß die Schilder böswillig abgerissen, verbogen oder sonst wie beschädigt sind. Die Gebiete des Forstes, wo Holzfällungen stattfinden, müssen besonders sorgfältig revidiert werden, da die an gefällten Bäumen befindlich gewesenen Schilder von ortskundigen Leuten ohne jede böse Absicht zuweilen ganz falsch wieder angeschlagen sind. Der Magistrat von Berlin hat das Bestreben des Vereins dadurch anerkannt, daß er ihm, in diesem Jahr zum ersten Male, einen Beitrag von 100 M. bewilligt hat.

Am 1. Oktober wird in Schöneberg bei Berlin, in dem Hause Hauptstraße 5/8, unter der Bezeichnung „Schöneberg bei Berlin 2“ eine neue Postanstalt eingerichtet, wo der Verkauf von Wertpapieren u. s. w. und die Annahme von Postsendungen jeder Art — mit Ausnahme der Pakete mit und ohne Werthangabe — sowie von Telegrammen stattfinden wird.

Zu der letzten Sitzung der Nixdorfer Gemeindevertretung wurde zunächst beschlossen, an der Vestingstraße ein 28klassiges Schulhaus zu errichten und in der Nähe desselben für die Jugend einen Spielplatz anzulegen. Zur Ueberbrückung des Schiffahrtkanals im Zuge der Grünauerstraße wurde ein Gemeindebeitrag von 75000 M. bewilligt mit der Aufgabe, daß die Hälfte von den anliegenden Grundbesitzern einzuziehen sei. Für die Errichtung einer Ringbahn-Dalkestelle an der Hermannstraße haben die Adjazenten die Banknoten im Betrage von 90000 M. nummern gezeichnet. Die Einzahlung der Beiträge hat bis zum 1. November dieses Jahres zu erfolgen, worauf alsdann der Bauvertrag mit der Eisenbahnverwaltung abgeschlossen werden soll. An der Ringbahn und an der Hermannstraße beabsichtigen die betr. Besitzer die Anlegung neuer Straßenwege. Die Vertretung genehmigt dies und beschließt gleichfalls, auf jedem Terrain ein Schulgrundstück zu erwerben. Für die Vermehrung der Bäume am Maybach-Ufer wird ein neuer Taxif festgesetzt, der dieselben Bestimmungen enthält, wie der Berliner Taxif. Zum Schluß theilte der Vorsitzende, Gemeindevorsteher B o d d i n, mit, daß das neue Schreibegebäude den Etat dezent belasten werde,

daß entweder die Steuern eine Erhöhung erfahren müßten oder eine neue Steuer eingeführt sei; man habe bereits die Einführung einer Biersteuer in Aussicht genommen.

Nixdorf. In einem Lokal am Maybach-Ufer wurde ein betrüblicher Vorentscheid namens Ludwig Deichmann und dessen „Schlepper“ Hugo Schmidt festgenommen, als beide einen jugendlichen Vätergestellen im „Rümmelblätchen“ rufen wollten. Sie wurden dem hiesigen Amtsgericht zugeführt. — In einer Versammlung des hiesigen Kommunal-Reformvereins wurde beschlossen, beim Abschluß der neuen Verträge mit der Großen Berliner Verkehrsbahn mit allen Kräften eine Reihe notwendiger Verbesserungen anzufordern und namentlich dahin zu wirken, daß eine Verbindung mit dem Ost-Berlin geschaffen werde.

Auf Anordnung des Untersuchungsrichters ist vor einigen Tagen eine Verhaftung vorgenommen, die mit der Ermordung der Clara Galle auf den Nixdorfer Wiesen in Verbindung gebracht wird. Gestern wurde der Verdächtige, der von der Kriminalpolizei schon längere Zeit beobachtet worden ist, unter großem Jubel der Nixdorfer Bevölkerung nach dem Thortort geführt. Im Interesse der Untersuchung wird die Veröffentlichung der Umstände, die zu dieser Verhaftung führten, nicht gewünscht.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schiller-Theater ist gestern Max Blumenthal's Schauspiel „Ein Tropfen Gift“ aufgeführt worden. Nicht allzu große Mühe gibt sich der Autor, um in diesem ernst genannenen Stücke den Schwankton zurückzudrängen, auf den er am besten eingestrichelt ist. Geheben doch die handelnden Hauptpersonen in ihrer fast an das Nüchternste streifenden Edelmüthigkeit, in ihrer so drohlich mit der gemeinen Wirklichkeit kontrastierenden Unnatur fast ebenso sehr in das Reich der derbitteren Misse, wie der so häufig in der Konversation berufenen Fiktion, der durch einen Operettenstreich die deutsche Einheit förderte.

Soll dies Stück einigermaßen genießbar sein, so muß es mit einem Schilfe geipielt werden, den die Routine des Vesting-Theaters am Ende hervorbringt, aber im Schiller-Theater fast so unbelannt ist wie böhmische Dörfer. Das plumpe Behagen, mit der die heitere Nüchternheit mancher wenigstens vom Standpunkte des Autors aus durchaus nicht unbedeutende Stellen aufgetragen wurde, wirkt fast ebenso unangenehm, wie die Belerlichkeit, mit der Herr P a t e g g die Hölle des durch den Tropfen Verleumdungsgift angegriffenen Genußstoffs von Mettenborn gab. Immerhin sei konstatiert, daß zwei Personen ihre Sache wirklich gut machten. Es sind dies Fräulein P a u l y, welche die Herda vor allem in der hübschen Szene des dritten Aktes mit wohlthunendem, warmem Empfinden gab, und Herr G y b e n, der den Schwerenöcher Brendel humorvoll spielte. Sehr hübsch war die Ausstattung des Stückes.

Gerhard Hauptmann erscheint am 1. Oktober zum ersten Male auf der ungarischen Hofbühne in Budapest. Zur Auf-führung gelangt „Kollege Crampton“.

Versammlung deutscher Naturforscher zu Braunschweig. Zu einer gemeinsamen Sitzung der Abteilungen für Agrarökonomie und Botanik sprach Dr. Hartke über Klinkit und den Ellenbach'schen Bazillus Alpha. Die „Post“ bringt über den Vortrag folgendes Resumé: Dieser Bazillus hat neuerdings ein gewisses Aufsehen erregt, weil ihm die Kraft zugeschrieben wird, den freien Stickstoff der Luft in für Pflanzen verdauliche Stickstoffverbindungen umzuwandeln, also Stickstoff zu „sammeln“. Man weiß, daß die Leguminosen die Fähigkeit besitzen, den Ackerboden mit verdaulichen Stickstoff anzureichern, daß sie Stickstoff fixieren. Sie verankern diese Fähigkeit einer Bakterie, die sich in und bei ihren Wurzelknäulen vorfindet. Die Knäuelbakterie lebt in einer Art von Symbiose mit den Leguminosen, und mit dieser ihrer Lebensgemeinschaft hängt auch wohl die Kraft der Stickstofffixierung zusammen. Auf ihr beruhen die Versuche, durch „Impfung“ des Bodens mit Bakterien die Fruchtbarkeit dieses Bodens für Leguminosen zu erhöhen. Da man bei anderen Kulturpflanzen, namentlich aber bei den Getreidearten, keinerlei Andeutungen einer entsprechenden Symbiose gefunden hat, so bestand auch keinerlei Hoffnung, in ähnlicher Weise durch Impfung eine Ertragssteigerung von Getreideböden herbeiführen zu können. In allgemeiner Ueberraschung aber veröffentlichte vor einiger Zeit der Nittergutsbesitzer Caron auf Ellenbach die Ergebnisse seiner Versuche, denen zufolge es ihm gelungen war, eine Knäuelbakterie, die er Bacillus Ellenbachensis nannte, in Reinkulturen zu züchten, die freien Stickstoff zu binden im Stande ist. Es wird bemerkt, daß Herr Caron ein 9-facher Bakteriologe ist. Dagegen bewo. Impfung des Bodens erhöhte nach seinen Versuchen dessen Ertragsfähigkeit für Getreide außerordentlich und zwar waren diese Versuche in großer Zahl sowohl in Töpfen, wie auch auf dem freien Felde angestellt. Herr Caron hatte bald die Anwendung aus ihnen gezogen und größere Ackerflächen seines Gutes mit dem Bazillus Alpha gimpft. Er konnte infolge dessen die Menge des bis dahin von ihm alljährlich verbrauchten Stickstoffdüngers vermindern und wirtschaftet jetzt fast ohne Zufuhr künstlichen Stickstoffs. Das Bekanntwerden dieser Thatsachen erregte naturgemäß großes Aufsehen; Schulz-Lupig stellte an den Landwirtschaftsminister den Antrag auf Errichtung eines bakteriologischen Laboratoriums für die Landwirtschaft, und zahlreiche Landwirtschaften äußerten das Verlangen, ebenfalls mit Bakterien zu düngen. Die Farbenfabrik Elberfeld nahm die Herstellung der Reinkulturen des Bac. Ellenbachensis Alpha in die Hand und brachte unter der Bezeichnung Klinkit (von alero, ernährend) einen Stoff in den Handel, der ein Gemisch von Reinkulturen mit bakterienernährenden Stoffen (anscheinend aus Hüllensubstraten dargestellt) ist. Eine Patrone dieses Klinkits soll zur Abdüngung bez. Impfung von 5-10 Morgen Land ausreichen. Es nahm sich nunmehr die Wissenschaft der Sache an, und wurden Versuche angestellt, um über die stickstoffbindende Kraft des Ellenbach'schen Bazillus Alpha Klarheit zu erhalten. Ueber solche Versuche berichtete in den genannten Abteilungen Dr. Darileb-Vom. Sie haben zu verneinendem Ergebnisse geführt. Seinem Verhalten nach kennzeichnete sich der Bazillus als eine Pflanzbakterie, die vielmehr Stickstoffverbindungen unter Freimachung von Stickstoff abbaut und also zu Stickstoffverlusten Anlaß giebt. Es entspann sich eine lebhafteste Erörterung im Anschlusse an Dr. Darileb's Mittheilungen, aus denen hervorging, daß die Agrarökonomie-Chemiker an die stickstoffbindende Kraft des Bazillus nicht glauben, daß aber angesichts der in Ellenbach beobachteten praktischen Erfolge die Frage noch als eine offene betrachtet werden müsse. Vielleicht verhalte sich der Bazillus im Boden — bei Gegenwart von Bodenorganen — anders als bei den Laboratoriumsversuchen. Von vornherein sei die Möglichkeit in nicht von der Hand zu weisen, daß sich unter den zahlreichen Bodenbakterien auch stickstoffammelnde befinden. Man müsse eben weiter nach solchen suchen und werde dabei auch über den Ellenbach'schen Bazillus noch weiteres ermitteln.

Versammlungen.

Zu einer Formerverammlung, die unter ungewöhnlich starkem Andrang am Donnerstag im Kolberger Salon tagte, berichtete der Vertrauensmann Müller über den Verlauf und den derzeitigen Stand des Formersstreiks, daß bis jetzt 21 Gießereien von dem Ausstand betroffen sind, 887 verheiratete und 125 ledige Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt; letztere sind alle arbeitslos. 88 Arbeiter sind in den Fabriken geblieben und haben sich zur Aufrechterhaltung der Arbeit bereit gefunden. Auf der Germania-Werft in Zegel, bei Schwarzkopff und bei Pego ist noch keine Vorhig'sche Arbeit vorgelegt worden, weshalb es in diesen Fabriken noch nicht zum Ausstand gekommen ist. Jedensfalls werden in aller nächster Zeit auch die bis jetzt noch arbeitenden Gießereien in den Ausstand hineingezogen werden und die Zahl der Streikenden dadurch auf 600 anwachsen. Der größte Theil der von Berlin abgewandten Former hat auswärts bereits Ver-

schäftigung gefunden, obgleich die zum Verbands der Metallindustriellen gehörigen Fabriken keinen aus Berlin kommenden Former einstellen sollen. Die geschäftliche Konjunktur sei so gut, daß die schwarzen Listen von den auswärtigen Fabrikanten nicht beachtet werden. Der Versuch, Vorhig'sche Arbeit auswärts anfertigen zu lassen, ist von den Formern in Wolfenbüttel zurückgewiesen worden. Es werde auch gelingen, an anderen Orten die Kollegen zur strikten Verweigerung der Berliner Arbeiten zu bewegen. Sowohl der Reserent, wie die Diskussionsredner wiesen die Unterstellung bürgerlicher Prehorgane, als ob es sich bei dem Streik um ein triviales Vorgehen der Arbeiter handele, zurück, und forderten zum treuen Aushalten im Kampfe auf. Ein hier anwesender englischer Metallarbeiter lief durch den Mund Pitt's den Streikenden die brüderlichen Grüße der englischen Maschinenbauer und Metallarbeiter entgegen und dieselben zur moralischen Unterstützung der kämpfenden englischen Kollegen ersuchen, indem sie den Zugang nach England fernhalten. Die Verammlung beschloß: Sämmtliche Arbeiten für alle vom Streik betroffenen Berliner Gießereien und Maschinenfabriken sind zu verweigern. Es wurde eine Streikkommission gebildet aus den Formern Müller, Plath, Hartig, Günther, Bernick.

Der Verband der Vergolter hielt am 20. September seine Monatsversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag über die Arbeitslosen-Unterstützung, wurde wegen zu schwachem Besuch zum Sonntag, den 27. September, bei Ewald verlag. Die Vorarbeiten zum Stiftungsfest wurden dem Vorstand, der durch drei Mitglieder vertrat wurde, überlassen. Zum Schluß wurde mitgeteilt, daß der Streik in Prag zu Ungunsten der Arbeiter entschieden sei.

Im Verband der Korbmacher hielt am 20. September Wagner einen Vortrag über „Volksbildung und Klassenbewußtsein“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Bekannt gemacht wurde, daß das diesjährige Stiftungsfest am 2. Oktober in Cohn's Festsaal stattfindet.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie, Geschichte und Geographie am 12. Oktober, abends 8 Uhr, Anstalt, 10, 2 1/2. Teilnehmer werden schon jetzt aufgenommen in folgenden Klassen: Gottfr. Schulz, Nationalök. 404; Kauf. Geogr. 42; Schiller, Rosenfelderstr. 47; Kleinert, Wallstr. 75; Paul Müde, Wandersstr. 128; G. König, Bismarckstr. 20. Alle Schüler sind an den Vorlesungen Walt Müde Jr., 50, Wandersstr. 128, Selbstübungen an den Köllner G. König 8, S. Bismarckstr. 20, zu haben.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (S. 18, Hamburg) hält am 21. September, abends 8 Uhr, bei Bergmann, Waisenstraße 3, Vortrag über Zungenentzündungen.

Porten- und Masarbeiter. Sonntag, den 24. September, mittags 12 Uhr, öffentliche Versammlung im Restaurant Spreehafen, Wobitz, Kirchstr. 27. Bericht des Reichs zum Arbeiterkongress.

Orchesterklub „Aetna“. Musikwissenschaftliches Konzerthaus, Alte Jakobstraße 27. Dritte Abend 9 Uhr: Theater-Vorstellung. Radiker: Volk.

Vermischtes vom Tage.

Strapallos! Ein Charlottenburger Verleger hat ein illustriertes Buch auf den Büchermarkt geworfen, dessen Zweck darin besteht, das grassirende Kladderfieber noch zu steigern. Das besagt schon der Titel des Buches: „Auf nach Alaska! Ein Führer für Bogemühlgige“. Der Verleger erzählt, er sei selbst in Alaska gewesen. Wenn das Gold dort wirklich auf der Straße liegt, warum ist er nicht kränken geblieben, wenigstens solange, bis er nicht mehr einen Bücherverleger zu machen brauchte?

Den größten Progenisag zu den Morphinum süchtigen fesseln die Ärzte. Von 650 morphiumkranken Männern waren 287 oder 44,4 pCt. Kröpfe.

Schiffsunglück. Aus Hamburg wird der Frankfurter Zeitung telegraphirt: Das Schiff „Arve“ ist bei Jütland gestrandet. Der Kapitän und vier Mann der Besatzung sind ertrunken.

Wenn der Marschall naht, muß der Feldscherer weichen. In Wiesbaden hat man das Schiller-Denkmal abgebrochen, um Platz für ein Kaiser Friedrich-Denkmal zu bekommen. „Privatpersonen“ sollen hierzu den Rath gegeben haben.

In Gräfenberg bei Erlangen hat sich ein 75 Jahre alter Bauarbeiter erhängt. Der Weibhals hatte 150000 M., ab aber Kartoffeln, die man als Schweinefutter gefocht, und glaubte zum Schluß, er müßte verhungern.

Brand in Leipzig. Seit heute Mittag wüthet in dem Bereich der am Thüringer Bahnhof gelegenen Niederlagen der Expeditionfirma Albert Meyer eine heftige Feuerbrunst. Drei Jäger der Feuerwehrt mit drei Dampfstrahlen arbeiten mit aller Anstrengung. Die anliegenden großen Baarenschuppen und Wohngebäude sind stark gefährdet. Das hinter den Niederlagen der Expeditionfirma Albert Meyer, an denen nur das Dach beschädigt ist, heute ausgebrochene Großfeuer erfaßte einen reichlich mit Bauholz besetzten Holzplatz sowie die Niederlagen zweier Glashandlungen und richtete bedeutenden Schaden an. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es, das Feuer auf seinen Verd zu beschränken.

Vor dem Wiener Schwurgericht wurde am Freitag gegen den des Bilders Diebstahls beschuldigten Dr. Bela Lanfel verhandelt. Der Angeklagte, der sich schuldig bekannte, wurde zu zwei Jahren Kerker verurtheilt und des Landes verwiesen.

Auf der letzten in Leipzig abgehaltenen Generalversammlung des österr. Apothekervereins wurde beschlossen, die Zulassung der Frauen zur Pharmacie zu fördern.

Zu der kaiserlichen Tabakfabrik in Budapest ist am Donnerstag Abend das Maschinenhaus abgebrannt.

Ein Sanftmüthiger. In einem Luzerner Blatt stand neulich folgendes Inserat: „Pasi auf ihr Landwirthe! Passt das Obst und Gemüse nicht lange im Freien! Vechen Sonntag Nacht ist mir der schönste Korb (Weißkraut) und etwas Birnen gestohlen worden; wenn's nur dem Subject den Hals abwürgte, wenn er ihn frisst. J. Böler, Korbmacher, Mendrach.“

Ein brennender Schnellzug. Der Brüssel-Pariser Schnellzug gerieth am 21. September während der Fahrt bei Antwoye in Brand. Mehrere Reisende sprangen zum Fenster hinaus, doch wurde niemand ernstlich verletzt. Der Gepäckwagen, worin sich Waagen im Werthe von einer halben Million befanden, ist vollständig verbrannt.

Zur Isolierung der Drähte unterirdischer Telegraphenleitungen verwendet man jetzt allgemein in England statt des Guttaperchas besonders präpariertes Papier.

Explosion und Feuerbrand. Aus New-York wird unterm 21. September gemeldet: Infolge einer Explosion von Gasföllen entstand in Vainbridge (Ohio) eine Feuerbrunst. Der ganze Ort steht in Flammen. Bisher sind 10 Tode aufgefunden, viele Personen sind verwundet.

Die Pest in Indien. Aus Bombay wird telegraphirt: Die letzten Berichte über das Vorkommen der Pest in Surat, Shara, Poona, Satara, Nasik, Kolaba, Ratnagiri, Baroda, Kolhapur, im Süden des Maratha-Gebietes in Palampur zeigen, daß sich die Epidemie über ein weites Gebiet schleichend ausbreitet, daß sie, allmählich und unbemerkt, von einem Gehdist auf andere übergehend, auch die zerstreut liegenden Dörfer ergriffen hat. — Ein Artikel der „Bombay Gazette“ spricht die Befürchtung aus, daß die indische Regierung mit ihrer Entsendung von Militärärzten an die Grenze den Sanitätsdienst den Aufgaben an der Grenze unterordne, was Folgen nach sich ziehen könnte, die unendlich verhängnisvoller wären als irgend ein Ereignis an der Grenze.

Eisenbahn-Ünglück. Auf der Eisenbahnstrecke Bangalore-Mysore (Indien) stürzten infolge Zusammenstoßes der Eisenbahnbrücke bei Madhur die Lokomotiv und fünf Wagen eines Zuges in den stark angeschwollenen Fluß. Es sind dabei viel Menschen umgekommen.

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 25. September 1897. Hienlich warm, theils heiter, theils wolkig mit etwas Regen und mäßigen bis frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Literarische Rundschau.

Thomas Huxley: Soziale Essay's. (Deutsche Ausgabe von Alexander Tille. 810 S. Weimar bei G. Fieber. 1897.) Preis: 5 M.

Soziale Essay's von Naturwissenschaftlern haben von vornherein eine günstige Vermuthung gegen sich. Meistentheils muß die Naturwissenschaft den Trumpf hergeben, der gegen den Sozialismus ausgespielt wird; insbesondere wird die Darwinistische Lehre, daß in der Pflanzen- und Thierwelt die Evolution durch natürliche Auslese vor sich geht, als willkommener Sturmbock benützt. Das Kibb'sche Buch: „Soziale Evolution“, welches wir vor einigen Wochen besprochen, war in gewisser Hinsicht typisch für diese Art naturwissenschaftlicher Kriegsführung. Nichts leichter als die großen Fehlschlüsse, die bei derartigen Widerlegungen des Sozialismus Vorkommen, zu leisten müssen, aufzudecken, was freilich nicht hindert, daß sie immer wieder von neuem auf dem Plane erscheinen. Gedanken, die nach allen Regeln der Logik todgeschlagen wurden, sind darum noch lange nicht todt, oft erfreuen sie sich dann noch des allerbesten Lebens. Diese Beobachtung Huxley's, die auf die alte Naturrechtsphilosophie abzielt, gilt jedenfalls auch von dem modernen Gegenstück derselben, der darwinistisch aufgeputzten Naturkampfsphilosophie, welche die gesellschaftlichen Bewegungen und Kämpfe nach einem aus der Thierwelt hergeholtten Schema erklären und verherrlichen will. Auch Huxley's „Soziale Essay's“, wenn schon sie sich von dieser gewöhnlichen Naturwissenschaftlichen Philosophieren fern halten, bleiben darum nicht weniger an der Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen haften und bestärken in ihrer Weise das ungünstige Vorurtheil.

Wenn der deutsche Herausgeber, Herr A. Tille, mit seiner lediglichen Behauptung recht hätte, daß diese Aufsätze die bedeutendste Leistung sozialen Denkens sind, die das moderne England hervorgebracht, so wäre das nur ein Zeugnis dafür, wie weit das geschichtsphilosophische, soziale Denken jenseits des Kanals zurückgeblieben ist. Das Lob enthält eine zweifellos durchaus ungerechtfertigte Herabsetzung des englischen Geisteslebens. Läßt man sich von der originellen, persönlich reizvollen Form des Vortrages in Huxley's Essay's nicht blenden, so tritt die Magerkeit ihres sozialen Gedankengehaltes und vor allem ihr Mangel an tieferem altneligen Interesse deutlich hervor. Die Ideen, gegen die der Verfasser zu Felde zieht, sind im wesentlichen die Ideen einer bereits vergangenen Epoche, über welche die Gegenwart, wenigstens die Vorhut der modernen Fortschrittbewegung längst hinaus ist. Wenn die deutsche Ausgabe der „Sozialen Essay's“ trotzdem größeres Interesse für sich in Anspruch nehmen darf, so darum, weil die Gedanken, die uns hier vermittelt werden, Huxley's Gedanken sind, weil wir so eine lebhaft und anschaulich vorstellende von der geistigen Eigenart eines Mannes erhalten, der wie wenige andere auf die Entwicklung des englischen Geisteslebens während des letzten halben Jahrhunderts bestimmend eingewirkt hat. Der deutsche Herausgeber, Herr Tille, hat die Lebendigkeit dieses Eindrucks in dankenswerther Weise durch eine ausführliche Skizze von Huxley's Entwicklungsgang und Wirken ergänzt. So schließen die verschiedenen Theile des Buches, wie gering auch immer sein Rang als „Leistung des sozialen Denkens“ zu veranschlagen ist, sich immerhin zu einem historisch interessanten individuell belebten Gesamtbild zusammen.

Die Bedeutung Thomas Huxley's beruht vor allem in dem, was er für die Ausbreitung und Ausbreitung der darwinistischen Entwicklungslehre geleistet hat: „Darwin, sagt Tille, imponirte den Fachgenossen durch die ungeheure Fülle seines gesammelten Materials und durch seine unbedingbare Ausdauer und Geduld in der Durcharbeitung schwieriger Stoffgebiete, aber seinen Schriften fehlt der starke persönliche Eindruck auf den Geist des Lesers ebenso vollkommen, wie die Meisterschaft des Stiles.“ Um auf weite Kreise zu wirken, bedurfte er der Vermittler, und unter allen, die an dem Ausbau der neuen Lehre gearbeitet haben, hat in England keiner so viel dafür gethan, ihr in weiten Kreisen Bahn zu brechen, sie zu einem Element des allgemeinen Bewußtseins zu gestalten, wie eben Huxley, dem nicht nur gediegenste Kenntnisse, sondern darüber hinaus ein philosophirender Gang und die Kunst ungemein lebendiger, persönlicher Darstellung eigen waren. Huxley war 1825 geboren. Er hatte Medizin studirt und dann als Schiffsarzt weite Reisen gemacht. Die Mühe, die ihm der ärztliche Dienst unterwegs ließ, benutzte er zu naturwissenschaftlichen Arbeiten, die ihn in englischen Hochkreisen schnell bekannt machten. Wenige Jahre nach seiner Rückkehr erhielt er bereits eine Professur der Pathologie und Naturgeschichte an der Londoner Universität, die Basis für eine unabhängige reiche wissenschaftliche Thätigkeit, die mit Klarem und Ehren vielleicht reichlicher, als Huxley's Bescheidenheit es sich gewünscht hätte, ausgezeichnet war.

Von dem ersten Auftreten der darwinistischen Entwicklungslehre an gebiete er zu ihren eifrigsten Vertretern. Bereits im Juli 1859, ein paar Monate vor der Veröffentlichung des Darwin'schen Hauptwerkes „Ueber den Ursprung der Arten“, bekannte sich Huxley in einem wissenschaftlichen Vortrag zu der neuen Theorie, die im Jahre 1858 von Darwin selbst zum ersten Mal in einer der Pinnac Society vorgelegten Schrift formulirt worden war. „Über sich von seinem Gedächtnisse so weit zurücktragen lassen kann“, schrieb Huxley später, — und diese von Tille angeführten Worte sind sehr charakteristisch für den lebenswüthig beschreibenden, humoristischen Sinn des Mannes — der wird sich darauf besinnen, daß das neugeborene Kind außerordentlich lebhaft war, und daß eine große Anzahl ausgezeichneter Leute die Kundgebungen seiner kräftigen Eigenart als bloße Unart aufzufassen. Um seine Biographie gab es ziemlich Anrede. Meine Erinnerungen an diese Zeit sind besonders lebhaft; denn ich hatte eine zarte Zuneigung zu dem Kinde gefaßt, das mir außerordentlich viel zu versprechen schien, und so war ich einige Zeit als Unteramte bei ihm thätig und erhielt so mein Theil von den Stürmen, die das Leben des jungen Geschöpfes bedrohten. Das war für einige Jahre fraglos heiße Arbeit. Doch wenn man in betracht zieht, wie außerordentlich unangenehm das Auftreten des Neulings allen denen gewesen sein muß, die sich nicht auf den ersten Blick in ihn verliebten, so kann man es unserer Zeit zu ihrem gunsten anrechnen, daß der Kampf nicht bestiger war und der bittere und gewissenlose Widerstand so rasch verstummt ist.“

Der Neuling war als wissenschaftliche, die früheren Vermuthungen umfassende Hypothese über den inneren genetischen Zusammenhang der Pflanzen und Thierarten unbedeutend genug, am unbedeutendsten aber sicher durch das Licht, welches er auf die Entwicklung und die Stellung des Menschengeschlechts zu werfen schien, durch den schroffen Widerspruch, den er der Tradition des alten, in England ganz besonders festgewurzeltten Bibelglaubens gegenüber in sich verkörperte. Dies war der Punkt, der von Huxley, dem etwas von dem freien Oppositionsgeiste der Aufklärer des 18. Jahrhunderts innewohnte, sofort angegriffen wurde. Die neue Lehre wurde in seinen Händen zum Angriffsmittel, um das Bollwerk eines übernatürlichen Erkenntnisses sich rühmenden Kirchenglaubens zu erschüttern. 1860 hielt Huxley einen Vortragszyklus für Arbeiter über die Beziehungen des Menschen zu den niedrigeren Thieren, und ein paar Jahre später erschien von ihm ein kleines, aber große Stürme des Unwillens entseffendes Buch: „Zeugnisse für die Stellung des Menschen in der Natur“, in dem unter anderem auch zum ersten Mal ein Stammbaum der Lebewesen aufgestellt wurde, ein Versuch, der dann später von Huxley in ganz anderem Umfang aufgenommen wurde. Auf die „Zeugnisse“ folgte eine ganze Fülle anderer originaler Arbeiten, die sich, nach Tille, fast

auf das gesammte Thierreich erstrecken, die Wirbelthiere insbesondere bevorzugt, und bei aller inneren Verschiedenheit des Stoffes und der Behandlung niemals den großen Gesichtspunkt der generellen Entwicklung aus den Augen verlieren. Seine Verbreitung haben auch die werthvollen zusammenfassenden Handbücher für den atomistischen Unterricht, die Huxley neben eigenen Forschungen herausgab, gefunden.

Ein hervorragender Zug in Huxley's Charakter, der auch seiner Gegnerschaft gegen die Traditionen des Kirchenglaubens das bestimmende Gepräge ausdrückt, ist die bedächtige, allen vorschneilen Verallgemeinerungen abgeneigte Skepsis. „Als ich die geistige Reife erlangte, so berichtet er, und mich zu fragen begann, ob ich Atheist, Theist oder Pantheist, Materialist oder Idealist, Christ oder Freidenker sei, so fand ich, daß die Antwort um so schwieriger ward, je mehr ich lernte und dachte, bis ich zuletzt zu dem Schlusse kam, daß ich zu all diesen Bezeichnungen kein Geschick und mit ihnen nichts gemein hatte.“ Diejenige Philosophie, die auf die Bedingtheit und die Grenzen alles menschlichen Erkennens hinwies, sprach ihn seinem ganzen Wesen nach am meisten an. Klare Bewußtsein darüber, wie weit unser Wissen reicht und wo das unkontrollierbare Gebiet des Glaubens anfängt, schien ihm im Streit der entgegengesetzten Weltanschauungen die notwendigste und dringlichste Aufgabe. Der moderne Agnostizismus in England, welcher den religiösen und metaphysischen Bekenntnissen, nicht eine bestimmte und daher gleichfalls angreifbare Weltanschauung, sondern den Nachweis entgegenhält, daß in den Dingen, auf die jene Bekenntnisse sich beziehen, ein Wissen überhaupt nicht möglich ist, zählt Huxley unter seinen wirksamsten Vertretern.

Das Wort Agnostizismus ist von Huxley selbst als Ausdruck dieser Geistesrichtung, Ende der 60er Jahre, geprägt worden. Es soll ganz allgemein den Grundsatz ausdrücken: „In Handlungsbereich folge Deiner Vernunft, so weit sie Dich eben trägt, ohne einer anderen Erwägung ein Ohr zu leihen und negativ: gib Folgerungen, die weder nachgewiesen noch nachweisbar sind, nicht für sicher an.“ Ein sehr simpler, selbstverständlicher Grundsatz, der aber, wenn er in Fleisch und Blut übergeht, in der That das ganze kirchliche und philosophische Dogmengebäude in seinen Grundlagen auflösen und vernichten muß. Dabei blieb Huxley aber nicht im Abstrakten stehen. Er, der Naturwissenschaftler, wozu sich auf Bibelstudien und eine Durchforschung der modernen, vor allem der deutschen Bibelkritik, und dem kirchlichen Gegner auf dessen eigenem Boden anzugreifen. Die Schriften „Naturwissenschaft und hebräische Uebersetzung“, sowie eine Reihe polemischer Essays, in denen unter anderem Gladstone, der als Kämpfer christlicher Theologie aufgetreten war, mit beiderseitiger Kritik überschüttet wurde, waren die Frucht dieser Arbeit.

Die reiche, dem Fortschritt der Wissenschaft und Aufklärung — auch an der Modernisirung des englischen Schulwesens nahm Huxley lebhaftesten Antheil — gewidmete Thätigkeit vereinigte sich bei ihm, wie bei so vielen anderen Naturwissenschaftlern, mit einem ganz naiven bürgerlichen Konservatismus. Sogar solche Reformen, wie die Homoeopathie, hielt er für höchst verderblich. „Wäre ich ein Politiker, so schreibt er, ich würde diese Bill bekämpfen, so lange ich leben in mir spürte. . . Regierung vermittelt der durchschnittlichen Meinung ist nur ein Umweg, auf dem ein Volk zum Tausel geht.“ Der aberne Sinnwurf gegen die Demokratie, daß „Leute, die ganz sicherlich nichts wissen, in die Aemter Leute wählen, die ganz sicherlich nichts thun“, kehrt auch in seinen Essays wieder. Das „allgemeine Stimmrecht“ wird da als Zeugniß einer irregulierten Naturrechtsphilosophie gebrandmarkt! In simplistischer Weise, in der Art, wie der alte Sokrates zu philosophiren pflegte, wird die politische Thätigkeit mit irgend welchen gewöhnlichen Handlungen verglichen, gleich als ob das technische formale Können, die Routine, und nicht vielmehr die Interessenrichtung, der das Können dienbar gemacht wird, in der Politik das eigentlich entscheidende Moment wäre! Dagegen Huxley gegen die Demokratie und das allgemeine Stimmrecht polemisiert, weil es die Form ist, in der die Interessenrichtung der ausgebeuteten Massen Einfluß auf die Verwendung des staatlichen Apparates und des politischen Könnens zu gewinnen vermag. So hätte eine solche Polemik, wie zynisch immer, doch wenigstens eine reale Einsicht in ihrer Grundlage gehabt. So aber zeigt der ganze Angriff nur die Naivität des Stundengelehrten, der, an einen willkürlich aufgerissenen rein formalen Gesichtspunkt sich klammernd, das wirkliche Wesen der Sache einfach bei Seite schiebt.

Diese gelegentlichen Auslassungen sind für Huxley's gesammte soziale Weisheit bezeichnend. Was heute allgemein bereits als Angelpunkt politisch-sozialen Nachdenkens anerkannt ist, die Betrachtung der Politik unter dem Gesichtspunkte der großen, aus der Struktur der Gesellschaft hervordringenden Massenkräfte, liegt ihm, den Tille uns als den größten sozialen Denker des modernen England's aufzuden möchte, nach der Haltung der „Sozialen Essay's“ zu urtheilen, weitest fern. Und dabei hammen diese Aufsätze nicht, wie man annehmen könnte, aus einer frühen, durch die Ideen des historischen Materialismus noch wenig infiltrirten Epoche, sondern aus den letzten Lebensjahren Huxley's, der als ein Siebzigjähriger im Jahre 1895 starb. Ueberhaupt, die gesammte moderne sozialistische Gesellschaftskritik ist an Huxley's Geiste anscheinend spurlos vorübergegangen. Er tritt mit großem Eifer vom Standpunkte des Naturforschers gegen die gesammte Sozialideologie“ wie Tille sagt, zu Felde, aber er weiß gar nicht, daß diese Ideologie ein Rüstzeug ist, das der moderne Sozialismus längst abgestreift hat. So macht die ganze Kritik, auch wenn man sich für einen Augenblick auf den bürgerlich-konservativen Standpunkt des Verfassers stellt, bei aller Frische der Darstellung den Eindruck innerlicher Ziellosigkeit. War es wirklich nöthig, gegen die Rousseau'sche Lehre von dem Naturzustande, dem Gesellschaftsvertrage und der natürlichen Gleichheit so schweres Geschütz aufzuführen, wie Huxley es in seinem ersten Essay that? Aus dem Lager, welches er beschleht, ist ja die feindliche revolutionäre Armee, wenigstens die entscheidende Kerntruppe derselben, längst abgezogen; und die Erklärung leeres Schanzens ist kein sehr aufregendes Schauspiel. Der moderne Sozialismus steht auf dem Boden einer realistischen Gesellschaftsauffassung, die ihn von dem Ideologischen, das in den Rousseau'schen Deduktionen steckt, ein für allemal scheidet, die ihn aber auch zugleich die Möglichkeit bietet, die Bedeutung dieser Ideologie in ihrem historischen Zusammenhange zu erfassen und richtig zu verstehen. Wenn man Huxley's „Widerlegung“ mit den Ausführungen von Friedrich Engels über die Gleichheitstheorie im Kapitel X des Anti-Dühring vergleicht, hat man den anschaulichsten Beleg dafür, um wie viel tiefer die sozialistische Kritik in den Kern der Sache eindringen ist und alle solche gegen die Naturrechtsphilosophie von bürgerlicher Seite erhobenen Einwürfe überholt hat.

Ebenso wenig wie Rousseau ist Henry George mit seiner unklaren Lehre von der Bodenverstaatlichung, bei allem Aufsehen, das sein Buch „Fortschritt und Armut“ in den Vereinigten Staaten hervorgebracht, ein Repräsentant modernen Denkens. Eine Widerlegung von Henry George, wie sie in den beiden folgenden Essays von Huxley versucht wird, hat darum, auch wenn sie gelingt, nur einen sehr beschränkten, temporären und lokalen Werth. Nach einer in der Form, wenn auch nicht den Gedanken nach originellen Polemik gegen den Begriff der „natürlichen Rechte“ wird die rechtsphilosophische, mit Rousseau'schen Gedanken verfehte Begründung, die George seinem gegen das Grundeigentum gerichteten Angriffen vorausschickt, kritisch zerlegt und dabei der selbstverständliche Satz, daß wie die Bodenbearbeitung so jede

andere Art produktiver Thätigkeit immer eines materiellen Stoffes, als des Gegenstandes der Arbeit, bedarf, polemisch ausgesprochen. Aber dieser einfache Satz, daß jede Arbeit des Stoffes bedarf, verwandelt sich unter Herrn Huxley's Händen in die kurtose, an die schlimmsten Leistungen der Vulgäroekonomie erinnernde Behauptung, daß „Kapital die Mutter der Arbeit sei“. George ist kein großer Oekonom, aber sein naturwissenschaftlicher Gegner bringt es in aller Naivität fertig, sich auch von George an theoretischer Einsicht über treffen zu lassen. Der Gedanke, daß Geld oder die mit Geld käuflichen Naturgegenstände und Produktionsmittel nur Kapital sind, wofür sie „kapitalistisch“, d. h. zum Zweck des Geldgewinnes, ausgenutzt werden, daß also Geld, zum bloßen Ankauf notwendiger Konsummittel verausgabt, zwar Kaufmittel, aber nicht Kapital ist, scheint ihm nie auch nur von ferne aufgedämmert zu sein. „Wer ist je — so schreibt unser Philosoph, um George zu widerlegen, wörtlich — auf den Gedanken verfallen, daß Besitz, der in den Händen des Arbeitgebers Kapital ist, sobald er in den Händen eines Arbeiters ist, aufgehört habe, Kapital zu sein?“ Wenn der Arbeiter mit seinem Wochenlohn heimgeht, ist er nach Herrn Huxley „ebenso sehr Kapitalist, als wenn er ein Rothschild wäre“!

Die sonstigen ökonomischen Erörterungen stehen ungefähr auf der nämlichen Höhe. Die Schlussfolgerung, in der sie ausklingen, charakterisirt den Geist dieser Ausführungen genigend: „Zwischen dem Werthe eines Gegenstandes und dem auf ihn verwandten Betrag Arbeit besteht keine wirkliche Beziehung. Der Anspruch der Arbeit auf das Gesamtgergebnis der Bemühungen, die erst durch Kapital möglich werden, ist einfach eine a priori'sche Ungerechtigkeith.“ Sogar die Metaphysik muß herhalten, sobald das Kapital bedroht ist.

Die zwei Aufsätze „Anarchie und Bevormundung“ und „Staatsnützlichkeith“, laufen auf die gleichfalls wenig erschütternde Erkenntniß hinaus, daß die Frage, wie weit der Staat in die Freiheit des gesellschaftlichen Lebens eingreifen darf, nur von Fall zu Fall geregelt werden könne, daß weder Staatsmacht noch Staatsobmacht erstrebenswerthe Zustände sind. Hierbei verfährt es dem Verfasser, der gegen Rousseau's Gleichheitsphilosophie noch eben so bühig herzog, durchaus nicht, gleichfalls in ganz demselben philosophischen Stile zu verkünden, daß „Der Zweck der Regierung das Wohl der Menschheit ist“. Das Wohl der Menschheit heißt das Wohl der Menschen. Da diese aber unter nichts anderem so sehr, als unter der sozialen Ungleichheit leiden, bleibt es etwas unklar, wie Herr Huxley, wenn nicht der apriorische Grundsatz von dem Zweck aller Regierung bloß als Phrase gemeint ist, den Gleichheitsforderungen Rousseau's entgegen will. Der Sozialismus wird unter der Hand mit ein paar Bemerkungen abgethan und ganz in Ralthus'scher Weise die Bevölkerungszunahme als das Problem aller Probleme, als die stetig stehende Quelle des Uebels hingestellt.

Den Abschluß bildet ein Aufsatz über den „Daseinskampf in der menschlichen Gesellschaft“, und zwei Abhandlungen über „Sittlichkeit und Entwicklung“, in denen bei allem Konservatismus ein humaner Sinn und das freie Denken des Agnostikers sich ausdrückt. Die optimistische, moralisirende Verherrlichung des natürlichen Entwicklungsanges und des Kampfes ums Dasein wird abgelehnt und der Gegenfah menschlich sittlicher Vervollkommnung dem blinden Naturwollen gegenüber klar hervorgehoben. Bemängelung des menschlichen Uebels und fette Zufriedenheit mit dem Bestehenden liegt Huxley fern.

Tief eindringende neue Einsichten, Leistungen „sozialen Denkens“ wird man auch hier vergeblich suchen. Der Reiz dieser wie der übrigen Aufsätze liegt in dem persönlichen Gewäge, der eindrucksvollen, in überraschenden Bildern fortschreitenden Form der Darstellung, in dem, was eine Besprechung nicht wiedergeben kann. Nur hierdurch läßt sich der große Erfolg der Essays in England und die wunderliche Ueberschätzung ihres Gedankengehaltes, die sich im Vorwort und der einleitenden Skizze des deutschen Herausgebers ausdrückt, verstehen. In Deutschland, wo der Name und die allgemeinen Leistungen Huxley's wenig bekannt sind, wird diese „bedeutendste Leistung sozialen Denkens, die das moderne England hervorgebracht hat“, wenig Aufsehen erregen.

Dr. Ottomar Lorenz: Die materialistische Geschichtsauffassung zum ersten Mal systematisch dargestellt und kritisch beleuchtet. (Leipzig 1897. Verlag der Buchhandlung des Evangelischen Bundes. 109 S. 1,50 M.)

Die kleine Schrift ist interessanter, als der etwas markt-schreierische Titel vermuthen läßt. Knapp, aber in klarer, übersichtlicher Gliederung wird der Stoff behandelt, zuerst die Entstehung der materialistischen Geschichtsauffassung, dann ihre Formulirung durch Marx und Engels, dann ihre Philosophie (Dialektik, Stellung zum Denken, zur Moral, Christenthum und Religion im allgemeinen), endlich die Anwendung des historischen Materialismus auf die Geschichte und insbesondere auf die moderne Arbeiterbewegung. Das Wichtige gewährt so, wenn es auch nichts Neues von Bedeutung bringt, auf kurzen Raum zusammengedrängt eine gut orientirte Zusammenfassung der Einwürfe, die gegen die materialistische Geschichtsauffassung bisher erhoben sind.

Die Darstellung ist, von ein paar christlich-patriotisch empörrten Gefühlsausbrüchen gegen die Sozialdemokratie abgesehen, sachlich gehalten. Auf die einzelnen Punkte der Polemik hier kritisch einzugehen, würde zu weit führen. Die Basis all dieser Einwürfe ist immer die der materialistischen Geschichtsauffassung zugeschriebene dogmatische Ansicht, sie wolle die mannigfaltig motivirte menschliche Natur als eine durch ökonomische Verhältnisse allein geleitete und bestimmte Kraft darstellen, eine Ansicht, die von den wirklichen Vertretern des Marxismus mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Wir können hier nur wiederholen, was in der Diskussion von Kautsky und Wag, über die wir früher referirten, gegen diese einseitige, die „Widerlegung“ sehr erleichternde Interpretation der materialistischen Geschichtsauffassung, gesagt worden ist. Freilich fehlt noch immer eine knappe Formulirung des historischen Materialismus, die, ohne sein eigenthümliches Gepräge zu verwischen, dem Gedanken der überall im gesellschaftlichen Leben herrschenden Wechselwirkung vollkommen Rechnung trägt.

Eingelaufene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Redaktion und Verlag: Berlin NW., Martinstr. 27) haben eben den 8. Heft erscheinen lassen. In ihm wird die Kritik Berlin über den Stand der sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Kulturstaaten, welche bereits in Hinsicht auf den Sozialismus in England, Italien, Ungarn und Cuneo bekannt sind, in diesem Heft fortgesetzt durch die Studie: Der Sozialismus in Spanien aus der Feder von Miguel de Unamuno, dem bekannten Universitätsprofessor in Salamanca. Der weitere Inhalt des Heftes ist: Dr. Bruno Vorwardt: Darwin — Gabelst. Denke: Die Antithese im Humanismus. — Dr. R. Dandmann: Sozialdemokrat oder Sozialist? — Dr. Conrad Schmidt: Nüchtere Gedanken über eine neue Sozialtheorie. — Dr. S. Bergen: Die Lehren der sozialen Entwicklung. — Sam. W. Gollot: Zu den Wahlen in Holland. — S. Zorn: Der Ursprung und der Verlauf der russischen Landreform. — Rosa Schapire: Ein Wort zur Frauenemanzipation. — Rundschau: Offentliches Leben. (Der fürliche Arbeiterkongress). — Wissenschaft. — Kunst. — Maria. — Ein charakteristischer Vortrag Darwin's ist beigegeben. Die „Sozialistischen Monatshefte“ kosten pro Quartal 1,20 M.; Einzelheft 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen Kolportage und Postanstalten.

